

> Ist es nicht an sich schon klar, daß man von der Revolutionierung der Studentenschaft nur vom Standpunkt einer ganz bestimmten Auffassung über Inhalt und Charakter dieser Revolutionierung sprechen kann? Für einen Kommunisten bedeutet sie erstens die Verbreitung der kommunistischen Anschauungen in der Studentenschaft und den Kampf gegen jene Ansichten, die sich zwar "sozialistisch" und "revolutionär" nennen, aber mit dem revolutionären Sozialismus nichts gemein haben, und zweitens das Bestreben, jede demokratische Bewegung in der Studentenschaft auszuweiten, sie bewußter und entschlossener zu machen.
>
> **Lenin**

KHZ  MSO

Kommunistische Hochschul-Zeitung Nr.2/April 73



INHALT:

IMPRESSUM: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Marxistische Studentenorganisation (MSO). Für den Inhalt verantwortlich: Markus Scheucher; alle: Lagergasse 18, 8010 Graz.

Die Weltwährungskrise - Ausdruck des Kampfes der imperialistischen Wirtschaftsmächte um die Absatzmärkte

"Das Währungssystem bricht in einer Serie von immer neuen Krisen, die von labilen Erholungssphasen unterbrochen sind, zusammen. Wie bei einer ernsten Krankheit wird bei jeder Erholung der durch die vergangene Krise angerichtete Schaden nie ganz behoben." (Washington Post)

Für das Verständnis der inneren Gesetzmäßigkeit der Währungskrisen ist es notwendig, die Ursachen der chronischen Krankheit, an der das kapitalistische System leidet, aufzuzeigen. Eine der wesentlichen Triebfedern der Krisenhaftigkeit ist das von Lenin entwickelte ökonomische Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder. Dieses Gesetz besagt, daß der Konkurrenzkampf der Monopolverbände auf den internationalen Märkten eine ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Staaten bedingt, d.h., mit anderen Worten, die Produktivität der Arbeit (=Grad der Ausbeutung) variiert ständig. Die Menge der Produkte, die in einer Arbeitsstunde produziert werden, ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich.

DAS KRÄFTEVERHÄLTNIS VERSCHIEBT SICH

Längst haben sich die vom Krieg zerstörten Industrien Europas und Japans erholt und ihre Produktionskapazität gegenüber der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg vervielfacht. So paradox es klingen mag, war gerade die restlose Zerstörung der wirtschaftlichen Potenz dieser Länder durch die USA eine Bedingung für die rasche Entwicklung der technologischen Voraussetzungen der Produktion.

Die im Laufe des zweiten Weltkriegs zerstörte oder überaltete europäische Industrie wurde nun nach dem modernsten Muster wieder aufgebaut. Der wissenschaftlich-technische Vorsprung der USA hat sich in den Jahren nach dem Krieg zusehends vermindert und ist in vielen Bereichen bereits zu einem Rückstand geworden (Dauerkonsumgüter, Nahrungsmittelindustrie, Kunstfaser- u. Bekleidungsindustrie und z.T. Maschinenbauindustrie). Damit verbunden hat die Intensität der Arbeit in Europa und Japan ein Ausmaß erreicht, das die Ausbeutung der Arbeitskraft auf ein noch nie da gewesenes Niveau steigerte. Begleiterscheinungen, wie Alkoholismus und Zunahme der psychischen Erkrankungen, sprechen eine deutliche Sprache.

Das von den USA initierte Währungsabkommen von Bretton Woods 1944 war der Ausdruck der absoluten Vorherrschaft der Vereinigten Staaten auf ökonomischem Gebiet. Damals wurde der Dollar als internationale Leitwährung eingeführt und in ein festes Verhältnis zum Gold gesetzt. Damit war aber auch schon der Grundstein für die zukünftigen Währungskrisen gelegt.

Was stellt Geld eigentlich dar? Geld kann keinen Wert aus sich selbst heraus haben, sondern es ist vielmehr ein Mittel, um den Wert der Waren auszudrücken. Im Wert der Ware schlägt sich wiederum nichts anderes nider, als die Arbeitszeit, die durchschnittlich notwendig ist, um ein gegebenes Quantum an Waren zu erzeugen. Es ist damit leicht einsichtig, daß sich der Wert laufend mit der Einführung jeder verbesserten Produktionsweise ändert. Als Folge müßte sich aber auch das Verhältnis der Währungen zueinander ändern. Genau das wird durch das Abkommen von Bretton Woods verhindert. Das starre System drückt also schon lange

nicht mehr die veränderte internationale ökonomische Lage und damit auch die veränderten politischen Kräfteverhältnisse der Länder, vor allem Japans und der BRD, zur USA aus. Es ermöglichte vielmehr durch die dauernde Überbewertung des Dollars den amerikanischen Konzernen, in zunehmendem Maße Kapital im Ausland anzulegen. Vor allem Westeuropa ist für die US-Kapitalisten ein bevorzugtes Anlagegebiet. Es finden sich ideale Vorbedingungen, technisches Know-how, billigere Arbeitskräfte und "stabile", dem Kapital genehme politische Verhältnisse, sowie direkte Präsenz amerikanischer Truppen (NATO).

Die privaten unmittelbaren Kapitalanlagen der US-Kapitalisten in Westeuropa steigerten sich 1971 auf 27,6 Milliarden Dollar, das sind 32% aller US-Kapitalanlagen im Ausland. Ein weiterer Anziehungspunkt war die europäische Industrie selbst. Die zunehmende Ausweitung und Konzentration der Produktion verlangte nach besseren Kreditmöglichkeiten. Das Zinsniveau der Banken stieg in fast allen europäischen Ländern über das Niveau der amerikanischen Banken. Mit dem Wegfall der Devisenkontrollen 1958 in den wichtigsten westeuropäischen Ländern konnten die Dollars ungehindert einströmen. Mit einem jährlichen Zuwachs von 9,5 Mia. Dollar zwischen 1968 und 1971 erreichten die sogenannten Erodollars einen Höchststand von 54 Mia. Am 15.August 1971 wurde von den USA bestimmt (unter dem Druck des Zahlungsbilanzdefizits), daß der Dollar nicht mehr gegen Gold umgetauscht wird. Als Resultat dieser Maßnahmen fanden die Eurodollars keinen Absatz mehr, und ihr Bestand wuchs auf die gegenwärtigen 8o Mia. Dieses flüssige Geld stellt zusammen mit dem frei verfügbaren Geld der Banken der großen amerikanischen Konzerne (27o Mia.Dollar) eine dauernde Gefahr für alle aufwertungsverdächtigen Länder dar.

DIE VORHERRSCHAFT DES US-IMPERIALISMUS....

beruht auf Gewalt und Unterdrückung. Um seine Positionen aufrecht erhalten zu können, errichtete er 2000 Militärbasen rund um die ganze Welt und stationierte 1.000.000 Soldaten im Ausland. Zwischen 1946 und 1971 stiegen die Ausgaben für diese Zwecke auf insgesamt 1.2oo Mia. Dollar. 15o Mia. wurden allein für die sog.Auslands"hilfe", d.h. für die Bestechnung reaktionärer Regierungen aufgewandt. Diese gewaltigen Ausgaben und Exporte amerikanischen Kapitals, notwendiges Mittel zur gewaltsamen Aufrechterhaltung der imperialistischen Vormachtstellung verwandelten sich zugleich in Mittel, die diese Vormachtstellung untergruben. Während die Einzelkapitale sich über die ganze Welt ausbreiteten und Dank der Sonderstellung des US-Dollars bereicherten, verschuldete der amerikanische Staat. Die Investitionen in den USA sanken und verschoben sich einseitig auf den Ausbau von Rüstungsindustrien. Strukturkrisen waren die unmittelbare Folge. Die Vernachlässigung der Infrastruktur brachte beispiellose Armut neben beispiellosem Reichtum, die Versumpfung der Städte, die Zunahme der Kriminalität und der Rauschgiftsucht.

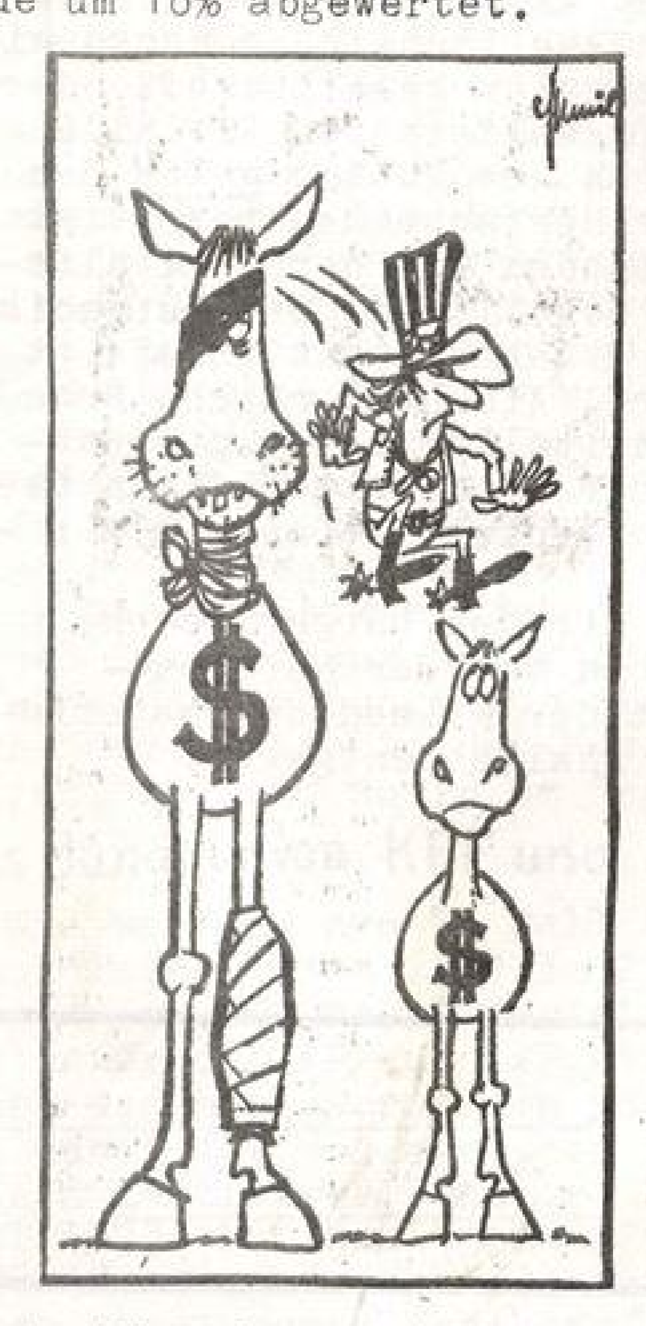
Hand in Hand mit der Entwertung des US-Dollars verminderte sich die Konkurenzfähigkeit der amerikanischen Waren. Nicht nur, daß der Anteil am Gesamtexport aller Länder laufend zurückging, verringerten sich auch im Inland die Absatzchancen zugunsten Japans, Kanadas und der BRD. So verzeichnete die US-Handelsbilanz erstmals seit 1883 im Jahre 1971 ein Defizit. Dieses Defizit vergrößerte sich 1972 auf 6,4 Mia. Dollar. Dazu kommt noch das riesige Zahlungsbilanzdefizit von 1o,1 Mia. Dollar. Die Vormachtstellung des US-Imperialismus verwandelte sich mit gesetzmäßiger Notwendigkeit in eine Krise des US-Imperialismus, die seine Vormachtstellung zusehends schwächt. Die Krise des US-Dollars ist nur eine Ausdrucksform der Krise des US-Imperialismus.

....VERWANDELT SICH IN EINE NIEDERLAGE

Nach der militärischen Niederlage im brutalen Aggressionskrieg in Vietnam,erlitt der amerikanische Imperialismus in der letzten Währungskrise, diesmal auf wirtschaftlichem Gebiet, eine weitere Niederlage. Die Behauptung, die letzte Währungskrise sei durch profitlüsternde Spekulanten ausgelöst worden, ist ein glattes Märchen. Diesmal wurden Milliarden "kranker" Dollars von den Banken der US-Monopole mit d e r Absicht nach Japan und die BRD in Bewegung geset zt, um zwei der bedeutensten Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu einer Aufwertung

ihrer Währungen zu veranlassen. Die Monopolverbände dieser Staaten hatten es nämlich ausgezeichnet verstanden, nach dem zweiten Weltkrieg mit Hilfe ihrer unterbewerteten Währungen, unter dem Schutz der amerikanischen Militärbasen den US-Kapitalisten einen Markt nach dem anderen wegzuschnappen.

Di se Attacke des US-Imperialismus führte dank der gewachsenen Stärke des EG-Bündnisses zu einer Niederlage. Der Dollar wurde um 10% abgewertet.



So schnell gaben sich die amerikanischen Kapitalisten jedoch nicht geschlagen, und in einem neuerlichen Angriff auf die DM war die BRD gezwungen, ein Teilzugeständnis zu machen und um 3% aufzuwerten.

Um die Abwertung des US-Dollars als Niederlage begreifen zu können, muß man die Importstruktur der Vereinigten Staaten unter die Lupe nehmen. Der latente Rohstoffmangel zwingt die USA jährlich, immer größere Mengen vor allem von Erdöl und Erdgas aus dem Ausland einzuführen. So bestehen z.B. die Importe aus Japan zu 70% aus Rohstoffen, von denen die amerikanische Industrie zunehmend abhängig wird. Abwertung heißt, daß die ausländischen Waren im Inland teurer werden, damit auch die Rohstoffe, und die amerikanische Wirtschaft erhält einen neuerlichen Inflationsstoß. Aus dem Sieg des EG-Bündnisses gegen die USA aber eine Einmütigkeit der europäischen Kapitalisten ableiten zu wollen, wäre grundfalsch. Eintracht und Solidarität gibt es zwischen Konkurrenten nicht! Es ist die Beziehung von Gangstern, die sich zur Überwindung eines stärkeren Gegners zusammenschließen, wobei der Kampf untereinander aber weitergeht.

IMPERIALISTISCHE POLITIK DER SU

Welche Stellung bezieht die Sowetunion in diesem Konflikt? Zu einer Zeit, wo es die Aufgabe jedes Marxisten-Leninisten ist, die Arbeiterklasse und die übrigen Teile des Volkes in allen Ländern auf die Gefährlichkeit der Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus aufmerksam zu machen und ihr die objektive Notwendigkeit und Möglichkeit der proletarischen Revolution vor Augen zu halten, sprechen die sowjetischen Revisionsiten davon, daß nur durch eine "stabile Zusammenarbeit" aller (einschließlich der SU - versteht sich) eine Lösung der anstehenden Wirtschaftsprobleme gefunden werden kann ("Prawda" sowie die Zeitschrift "Sowjetunion" vom 1.März 1973). Notwendig sei die Überwindung des Blockdenkens und die Anerkennung der Existenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme durch die westliche Bourgeoisie. Aus diesem Gewäsch spricht die objektive Unmöglichkeit der sowjetischen Revisionisten, sich auch nur noch in Worten auf den Standpunkt der Arbeiterklasse stellen zu können. Zuweit ist die Restauration des Kapitalismus im eigenen Land und die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Kapitalismus "westlicher Prägung" bereits vorangeschritten (Sowjetisch - japanisches Abkommen zur Ausbeutung Sibiriens, Bau eines Fiat-Werkes in Togliattigrad - Wert 2,6 Mia.DM -, Bau eines Kunstgummiwerkes in der UDSSR, Bau von zahlreichen petrochemischen Werken

durch den britischen ICI Konzern, Bau von 15o Betrieben durch westdeutsche Firmen; manche in Lizenzform: mit sowjetischem und ausländischem Kapital wird die sowjetische Arbeiterklasse ausgebeutet.). Eine Weltwirtschaftskrise als Folge der Verschärfung der ökonomischen Widersprüche würde unweigerlich auch die "Volkswirtschaften" des COMECON mit in den Abgrund reißen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die dargelegte Entwicklung der internationalen Wirtschaft zeigt, daß die Währungskrise nur ein Wetterleuchten einer sich verschärfenden Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Ländern ist. Es ist zu erwarten, daß der Krieg der Währungen in der Form des Handelskrieges fortgesetzt wird (siehe die protektionistischen Maßnahmen Nixons gegen die Importflut). Die Widersprüche der miteinander konkurrierenden imperialistischen Länder - um Rohstoffe, wie z.B. das Erdöl, und um Märkte - spitzt sich zu, und muß sich mit Notwendigkeit zuspitzen, weil sich die Stärke der Konkurrenten mit gleicher Gesetzmäßigkeit verändert. Die Vormachtstellung der unumstritten mächtigen USA ist im Schwinden begriffen. Mit dieser Entwicklung werden sich auch die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die jeweilige Bourgeoisie verdichten. Für Kommunisten entsteht daher die Aufgabe, die Arbeit für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die diese Kämpfe anzuleiten vermag, verstärkt voranzutreiben, sowie der studierenden Jugend aufzuzeigen, daß der Kapitalismus mit seinen verschiedensten Spielarten - wie z.B. der "sozialen Marktwirtschaft" - nichts anderes ist als e i n e Entwicklungsstufe der Gesellschaft, genauso wie die Sklavenhaltergesellschaft oder die Feudalgesellschaft. Sie alle mußten durch Revolution gegen den Willen der Herrschenden beseitigt werden, genauso wie der Kapitalismus gegen den Willen der Bourgeoisie und deren Staatsapparat beseitigt werden wird. Als historische Phase war der Kapitalismus für die Entwicklung der Produktivkräfte notwendig, heute jedoch ist er ü b e r h o l t .

Setzen wir den bürgerlichen Ammenmärchen von der Naturnotwendigkeit der Krisen die materialistische Analyse entgegen!

Die KPF und die Wahlen

Am 4. und 11.März 1973 wählte Frankreich eine neue Nationalversammlung. "Spannend" machte die Wahl diesmal das Bündnis zwischen der Kommunistischen Partei Frankreichs und den Sozialisten, welches in einem gemeinsamen Regierungsprogramm zum Ausdruck kam. Die KPF erhebt den Anspruch, eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei zu sein. An diesem Anspruch ist daher ihr Auftreten und ihre Taktik bei den Wahlen durch alle Kommunisten zu messen bzw. zu kritisieren. Denn diese Wahl ist für alle Kommunisten von Bedeutung, für alle und besonders für die europäischen.

Die kommunistische Partei, welche aus den besten Teilen der Arbeiterbewegung besteht, hat die Aufgabe, alle gesellschaftlichen Organe der Arbeiterklasse und ihren Kampf in seinem ganzen Umfang und allen seinen Äußerungen zu leiten. Sie hat außerdem die Aufgabe, die Arbeiterklasse für diesen Kampf zu qualifizieren, in dem sie ihr Klassenbewußtsein entwickelt und das Niveau der Kämpfe hebt, kurz das Proletariat für die Machteroberung erzieht. Die diesen Aufgaben entsprechenden Mittel sind nicht aufgrund eines Kataloges erfaßbar, sondern sie sind in ihrer Anwendbarkeit nur bestimm-

bar durch ihre Effektivität. Es ist also nicht möglich, kategorisch zu behaupten, eine Wahl sei bzw. sei kein Mittel für eine kommunistische Partei. Aber es ist möglich, aufgrund der Vorgangsweise und der Zielsetzung bei den Wahlen zu sagen, ob sich die Partei richtig oder falsch verhalten hat. War dieses Verhalten falsch, so zeigen ebenfalls Vorgangsweise und Zielsetzung, ob die Fehler einer falschen Einschätzung der Lage oder einer falschen Parteilinie geschuldet sind. Diese Zielsetzung kann immer nur eine Erziehung der Massen sein, die gerade bei einer Wahl die bürgerliche Scheindemokratie durchschauen lernen. Die Vorgangsweise ist dadurch bereits bestimmt. Der Wahlkampf einer kommunistischen Partei kann niemals darin bestehen, durch eine Liste von Versprechungen so viele Stimmen wie möglich auf sich zu vereinen, um mit deren Hilfe in den Regierungssattel gehoben zu werden. Dies wäre bürgerliche Wahlpolitik mit einer bürgerlichen Zielsetzung und würde nicht zu einer Aufklärung über die bürgerliche Demokratie in den Massen führen, sondern zu ihrem Gegenteil.

Das Bündnis von KPF und SP

Wie war das nun im Fall der französischen Wahlen? Am 27. Juni vergangenen Jahres unterzeichneten Vertreter der KPF und SP ein gemeinsames Regierungsprogramm und schlossen damit für die nächsten fünf Jahre ein taktisches Bündnis. Für die Wahl 1973 (Nationalversammlung) und 1976 (Staatspräsident) bedeutet dies einen gemeinsamen Wahlkampf gegen die Gaullisten und deren Verbündete. Die Zielsetzung der KPF - die dabei für uns einzige interessante Zielsetzung - ist klar: der Eintritt in die Regierung. Zwar heißt es in der Präambel des Regierungsprogrammes, die Durchführung desselben diene der Wegbereitung des Sozialismus. Daß die Berufung auf den Sozialismus nur eine Floskel ist, ist aus der Art des Wahlkampfes, dem Regierungsprogramm selbst und diversen Wahlkampfaufrufen zu sehen. So erklärte am 12.1.73 Georges Marchais (Generalsekretär der KPF) in einer Pressekonferenz, daß es bei den Wahlen vom 4. und 11. März weder "um die Einführung des Sozialismus noch des Kommunismus in Frankreich gehe. Das gemeinsame Regierungsprogramm von Kommunisten und Sozialisten ermögliche es lediglich, bedeutende Sektoren des nationalen Lebens dem Zugriff von Finanzbaronen zu entreißen." (Frankfurter Rundschau vom 13.1.73)

Die Zielsetzung der KPF im Wahlkampf ist also bürgerlich, denn es geht nicht um die Erziehung und Formierung der Arbeiterklasse, sondern um den Eintritt in die Regierung. Auch die Wahlwerbung wird ebenso betrieben wie die der bürgerlichen Parteien: Pressekonferenzen, Erklärungen zur Beruhigung der Exekutive, Armee und anderer staatlicher Organe (So erklärte Mitterand: "Die Linksunion an der Macht wird nicht nur die Institutionen, sondern auch die Personen, die diese Funktionen erfüllen, voll respektieren."), Wahlaufrufe von befreundeten Organisationen. Vor allem aber wird versprochen, versprochen und nochmals versprochen. Das ganze Regierungsprogramm ist ein einziger

Katalog von Versprechungen

Die wichtigsten Punkte davon sind:

* Die Rechte des Staatspräsidenten auf Parlamentsauflösung und Referendum werden abgeschafft. Er wird nicht mehr auf 7, sondern auf 5 Jahre gewählt.
* Verzicht auf die Nuklearmacht, Umwandlung der militärischen Nuklearindustrie in eine zivile
* Gleichzeitige Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Teilnahme an der europäischen Sicherheitskonferenz
* Keine Berufsarmee, nur noch 6 Monate Wehrdienst, demokratischer Status für Soldaten
* Teilnahme am Aufbau des gemeinsamen Europa mit dem Ziel größerer Demokratisierung und Brechung der Vorherrschaft des Großkapitals in der EG
* Verstaatlichung bedeutender Industrien, die öffentlichen Bedürfnissen dienen, des Bergbaues, der Rüstungs-, Pharmazie, Nuklear- und Stahlindustrie
* Monatlicher Mindestlohn von 1.000,- Francs
* Ruhestandsalter für Männer 60, für Frauen 55 Jahre

* Reform der Mehrwertsteuer, höhere Besteuerung der Großeinkommen.

Faßt man die ganze Wahlwerbung der KPF als Kommentar zu diesem Regierungsprogramm auf, so besagt sie nur eines: "Wählt uns und all das wird Wirklichkeit!" Dabei hätte die KPF mit Hilfe dieser keineswegs schlechten Forderungen durch die Wahlfarce den französischen Werktätigen erklären und demonstrieren können und müssen, daß für die Bevölkerung lebensnotwendige Forderungen unter der Herrschaft des Kapitals niemals Wirklichkeit werden, zu allerletzt durch eine Wahl. Gerade der französische Wahlmodus ermöglicht es der Bourgeoisie, jederzeit Linksschwenkungen eines Teils der Bevölkerung durch die konservative Haltung eines anderen Teils (auch wenn dieser der kleinere ist) auszugleichen. Und wenn das auch nicht mehr funktioniert, dann gibt es noch immer den Staatspräsidenten mit seinen Sonderrechten. Von der KPF darüber mit Hilfe der Wahl eine Aufklärung zu verlangen, ist allerdings vergebliche Liebesmüh. Das einzige, wozu sie sich aufrafft, ist - nach der selbst nicht von ihr erwarteten Niederlage - ein Gejammer über die "Ungerechtigkeit" des Wahlsystems. Aber was heißt hier "ungerecht"? Kann man es ungerecht nennen, wenn eine Klasse sich die Herrschaft in der ihr entsprechenden Gesellschaftsordnung sichern will? Wäre dies ungerecht, so müßte es eine über den Klassen stehende Gerechtigkeit geben, nach der es auch der Bourgeoisie möglich wäre, "gerecht" zu handeln. Daß es aber in einer sich in Klassen teilenden Gesellschaft nichts geben kann, was über diesen Klassen steht, ist schon seit geraumer Zeit Allgemeingut zumindest aller jener geworden, welche sich als Marxisten bezeichnen. Sicherlich gehören die Führer der KPF nicht zu diesen. Nebenbei bemerkt, auch in der sowjetischen Prawda stand der Unsinn vom "ungerechten Wahlsystem". Wie heißt doch das Sprichwort: Wie der Herr, so der Knecht.

Die KPF - eine bürgerliche Arbeiterpartei

Der bürgerlichen Zielsetzung entspricht eine bürgerliche Wahltaktik der KPF. Diese bürgerliche Wahltaktik wäre allein schon Beweis genug, um von der KPF zu erklären, es handle sich bei ihr um keine kommunistische Partei. Aber dennoch muß man bei dieser Wahltaktik (der Taktik der vielen Versprechungen) etwas hervorheben, was für eine echte kommunistische Partei eine Schande wäre: Dies betrifft die "Verwirklichung" der Versprechen. Man ist es von den bürgerlichen Parteien (auch in Frankreich) gewöhnt, daß sie vieles vor der Wahl versprechen, was später einzuhalten nicht möglich oder garnicht beabsichtigt ist. Von einer kommunistischen Partei ist soetwas undenkbar. Sie betreibt keinen Stimmenfang, um in die Regierung zu gelangen. Sie ist keine Partei unter vielen, welche sich um die Gunst der Wähler bewirbt, in die Regierung gelangt, ihre Wähler aber vergißt. Sieht man sich das Regierungsprogramm der KPF und SP an, so fällt einem auf, daß die Verwirklichung einer ganzen Reihe von Forderungen - besonders jene die die EG betreffen und jene, welche die beiden Militärblöcke betreffen - garnicht von der KPF und SP abhängen. Aber auch bei Forderungen, die sich auf Frankreich beziehen, ist die Verwirklichung mehr als fragwürdig. So ist es der Linksunion nicht ohne weiteres möglich, die Funktion des Staatspräsidenten, die in der Verfassung verankert ist zu ändern. Daß sie die Mehrheit, die siedazu benötigt, bei den Wahlen nicht erhalten würde, war für jeden von vornherein klar. Das Regierungsprogramm läuft also im Grunde genommen darauf hinaus, daß KPF und SP versuchten (und 1976 noch einmal versuchen werden) mit den Wünschen und Hoffnungen der großen Menge der Franzosen ein Geschäft zu machen, bei dem für sie die Regierung herausschauen sollte bzw. soll. Wenn das keine bürgerliche Taktik der Wahlversprech-

ungen ist, was ist es dann? Das Beste an dieser Taktik ist, daß wenn später das Regierungsprogramm nicht zur Gänze hätte durchgeführt werden können, keine der Parteien der Linksunion die Schuld auf sich hätte nehmen müssen, denn immer hätten andere die Verwirklichung verhindert. Bei der nächsten Wahl wäre es der Linksunion erspart geblieben, sich für die Nichterfüllung vor der Wählerschaft verantworten zu müssen.



Georges Marchais, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs

Bei einem Wahlzirkus und in solcher Position ist also die KPF zu finden. Sie leistet durch ihren Wahlkampf keinerlei Aufklärungsarbeit über die Farce bürgerlicher Demokratie in Frankreich. Ganz im Gegenteil, durch ihren Wahlkampf und ihr Regierungsprogramm erweckt sie auch noch den Anschein, als wäre es möglich, unter dem Kapitalismus für die große Mehrheit des Volkes wirklich demokratische Zustände herzustellen. Außerdem treibt sie den Stimmenfang (sprich Wahlpropaganda) wie jede bürgerliche Partei, und zwar deshalb, weil sie das gleiche Ziel wie jede bürgerliche Partei hat, in die Regierung zu kommen. Daraus läßt sich aber nur schließen, daß die KPF auch eine Partei wie jede andere bürgerliche Partei ist, eine bürgerliche Arbeiterpartei. Die Bezeichnung "kommunistisch" in ihrem Parteinamen ist nichts weniger als eine Irreführung der französischen Arbeiterklasse. Die KPF wird zu einer Partei, deren reale Funktion nun die Desorientierung der Arbeiterklasse, und wie es sich im Mai 1968 zeigte, auch ihre Abwiegelung ist. In der augenblicklichen Situation, in der sich der französische Kapitalismus befindet, einer Situation latenter Spannung, in der sich alle Schichten und Klassen des Volkes befinden, müßte die französische Bourgeoisie, hätte sie keine KPF, eine solche herbeischaffen.

Klassenkampf in Italien

Jede Beschäftigung mit der Streikbewegung in Italien muß anfangs mangelhaft sein, da der Klassenkampf der italienischen Arbeiter bereits ein solches Ausmaß erreicht hat, daß große Teile des gesamten italienischen Volkes mit einbezogen werden. Den Kampf der Arbeiterklasse kann man daher nur dann richtig sehen, wenn man sich vor Augen hält, daß parallel Kämpfe der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Klassen und Schichten gegen Wohnungsnot und Mietwucher, Kämpfe der Bauern und Teile der Mittelklassen (Studenten, Lehrer, Beamte, medizinisches und nichtmedizinisches Personal) stattfinden.

Weiters ist die politische Situation auch dadurch gekennzeichnet, daß es in Italien eine starke revisionistische KP gibt.

Dieser Artikel wird sich jedoch hauptsächlich auf den Kampf der Arbeiterklasse beschränken und erst in einer späteren Fortsetzung so wichtige Fragen, wie den Aufbau einer Kommunistischen Partei behandeln.

Was anhand dieses Artikels gezeigt werden soll, was wir daraus lernen können, ist:

1. Am Verhalten der internationalen Presse zu den italienischen Kämpfen kann man ersehen, wie die bürgerliche Presse überhaupt auf Kämpfe der Arbeiter, aber auch anderer Klassen und Schichten reagiert;
2. am Beispiel des italienischen Klassenkampfes läßt sich deutlich die Perspektivelosigkeit eines Kampfes ohne Avantgarde der Klasse zeigen;
3. die Politik der KPI zeigt besser als anderswo den bürgerlichen Charakter dieser Partei, da die KPI als Massenpartei gezwungen war, offen zu den Kämpfen der Arbeiter, Bauern und Studenten Stellung zu nehmen.

Die bürgerliche Presse und die Streiks in Italien

Es ist allerorts die Taktik der bürgerlichen Presse, einen Streik totzuschweigen. Erst wenn ein Streik Dimensionen annimmt, wo ein Schweigen zum Zweifel an der "objektiven Berichterstattung" in der Bevölkerung führen könnte, erst dann müssen auch die bürgerlichen Zeitungen darüber berichten. Ganz charakteristisch ist jedoch das, was dabei herauskommt:
da wird versucht, beim jüngsten Streik der Gasarbeiter in Italien einen Gegensatz zu konstruieren zwischen den Arbeitern und den Hausfrauen, die nun doch kein Gas im Herd hätten... Oder die Zeitungen schreiben ganz groß, die englischen Hausfrauen seien ja die Leidtragenden, wenn die Kohlengrubenarbeiter streiken, da sie nichts zu heizen hätten. In einer kleinen Randnotiz liest man dann, daß 7o bis 8o % der englischen Bevölkerung sich mit den streikenden Arbeitern solidarisch erklärte und deren Forderungen für gerecht fände. Es erhebt sich die Frage, was bezweckt die Bourgeoisie mit dieser Berichterstattung?

Doch wohl nichts anderes, als das Volk zu spalten und die Streikenden zu isolieren, durch die Spaltung im Volk die streikenden Arbeiter unter Druck zu setzen. Die Bourgeoisie versucht durch Diffamierungen einen Keil ins Volk zu treiben und zu verhindern, daß die eigentliche Klassenspaltung der Gesellscaft in Werktätige (Arbeiter, Bauern, Mittelklassen) auf der einen Seite und Schmarotzer und Parasiten (also kurz die gesamte Kapitalistenklasse und ihr Anhang) auf der anderen Seite vom Volk bewußt erkannt wird.

Dies ist in der Phase des monopolistischen Kapitalismus für die Bourgeoisie umso nötiger, als die Spaltung in werktätiges Volk und Kapitalisten sich ständig vertieft, die Massenbasis der Kapitalistenklasse immer kleiner wird.

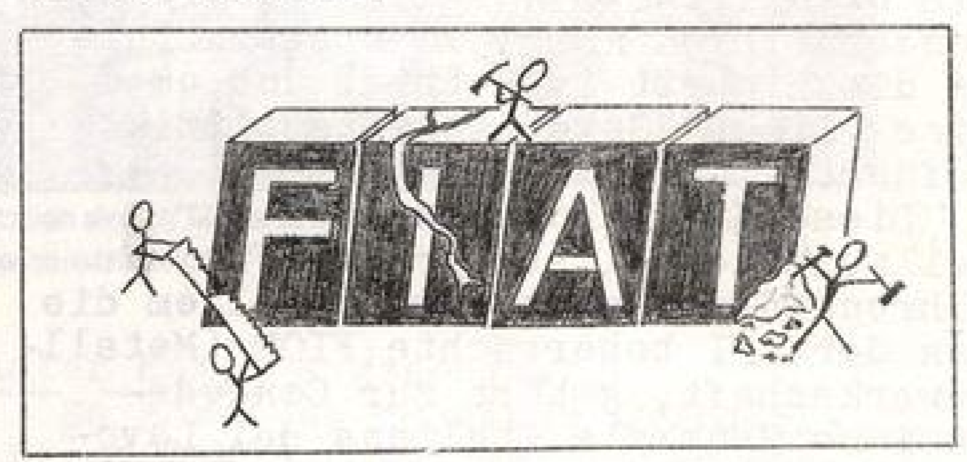
Während die bürgerliche Presse nun aberjeden Streik grundsätzlich diffamiert oder totschweigt, bedient sich die bürgerlich-revisionistische Presse (der revisionistischen KPs) einer perfideren Methode: der revisionistischen Presse geht es nicht darum, plump die Arbeiter zu diffamieren, sondern sie versucht, den Streik als Ergebnis der guten Arbeit der Partei hinzustellen, zielt aber immer darauf hin, den Streik abzuwiegeln, ihn auf institutionelle Basis zu verlagern, um so als angeblicher Vertreter der Belegschaft in den Gewerkschaften, im Parlament usw. auftreten zu können. Es ist die Taktik der westeuropäischen revisionistischen Parteien, Sich als Schwanz an die spontanen Kämpfe der Arbeiter und anderer kämpfender Klassen und Schichten anzuhängen, um die Bewegung zurückzuzerren, sie ihres Niveaus zu berauben. Dies wird im folgenden belegt.

Die Streikkämpfe

Den Beginn der Kämpfe an ein Datum zu fixieren, ist gerade in Italien ein zie mlich schwieriges Unterfangen. Man könnte zu verschiedenen Zeitpunkten anfangen und dies begründen. Wir werden aber die FIAT-Streiks als Musterbeispiel für die Periode von 1968 bis 71 an den Anfang setzen. Diese Streiks sind als erster Höhepunkt der spontanen Kämpfe anzusehen.

Auslösendes Moment für die Kämpfe bei Fiat ist der Streik für die Erhöhung der Renten im Frühjahr 1968. Im Verlauf diese von Erfolg gekrönten Streiks bilden sich erstmals Verbindungen zwischen Arbeitern und Studenten heraus. Im Frühjahr 1969 kommt es dann wieder zu spontanen Streiks in einzelnen Abteilungen. Zunächst streiken die Arbeiter an den Montagebändern, schließlich erfaßt der Streik jedoch die ganze Fabrik in Turin. Die Streikziele entwickeln sich im Verlauf des Kampfes ebenfalls: Standen anfangs die Lohnforderungen an der Spitze, so wichen diese immer mehr politischen Forderungen, wie der Reduzierung der Lohnstufen, der Verminderung des Arbeitstempos und Forderungen für eine Änderung der politischen und gewerkschaftlichen Vertretung.

Im Verlauf dieses Streiks bildet sich bei FIAT/Turin (besonders im größten Turiner Fiat-Werk, bei Mirafiori) ein Arbeiterdelegiertenrat heraus, der später die eigentliche Spitze der Bewegung bei Fiat bilden sollte.



Die Revolution arbeitet mit Methode
(Marx)

Der Frühjahrsstreik setzt sich mit kurzfristigen Unterbrechungen, in denen ergebnislose Verhandlungen geführt werden, bis Juli 1969 fort. Im Juli können die Arbeiter dann einen Teil der Forderungen durchsetzen (z.B. wurden die 36 Lohngruppen auf 12 reduziert).

Als sich im Herbst 1969 die Arbeitsbedingungen erneut verschlechtern, legen einzelne Abteilungen bei Mirafiori die Arbeit nieder. Die Firmenleitung reagiert diesmal mit einer Aussperrungswelle. Dies ist ihr vor allem dadurch möglich, da die Produktion durch die Krise im Eisen- und Stahlsektor ohnehin eingeschränkt werden muß. Die Arbeiter lernen aber sehr schnell, dieser neuen Taktik mit Punkt- und Abteilungsstreiks zu antworten. Im Dezember läßt jedoch der Druck der Arbeiter nach: man muß bedenken, daß in Italien keine Streikkassen gebildet werden, daß also die Arbeiter von ihren geringfügigen Ersparnissen leben müssen.

Bis Frühjahr 1971 flauen die Kämpfe in Italien ab, um dann 1972 erneut zu einer Offensive der italienischen Arbeiterklasse zu entflammen.

Ergebnisse ....

In der Zeit von 1968 - 1971 kommt es nicht nur bei Fiat, sondern im Verlauf aller Streiks in Italien zur Herausbildung politisch radikaler Arbeitergruppen; diese Arbeiterführung hat sich im wesentlichen aus den Kämpfen selbst, jedoch ebenso initiiert von außen, entwickelt. Sie hat jedoch weder den Weg zum Sozialismus noch den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei als die dringlichste Aufgabe begriffen, sondern ihren Kampf in erster Linie um die Einheit im Betrieb und um eine "linke" Gewerkschaftspolitik geführt.

Diese Ziele konnten aber nur teilweise erreicht werden. Nur während der Kämpfe war vor allem die von der KPI beherrschte FIOM (Metallgewerkschaft, gehört zur Confederazione Generale Italiana del Lavoro=CGIL, KPI-Gewerkschaftsverband) von der Parteilinie abgewichen und hatte die Forderungen der Arbeiter aufgenommen und vertreten.

Neben dem Aufbau dieser betriebsinternen Avantgarde, war in den Kämpfen jedoch auch das Bündnis zwischen Arbeiterklasse, Teilen der Mittelklassen und der Bauernschaft geschlossen und gefestigt worden. So wurden Arbeiter während der Streiks von Bauern aus der Umgebung mit billigen Nahrungsmitteln versorgt, so standen Studenten mit Arbeitern auf Streikposten, so demonstrierten Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Studenten, Schüler und Bauern unter einheitlichen Parolen und mit einheitlichen Forderungen in ganz Italien gegen die Mietenmisere.

Die Arbeiterklasse sammelt wieder ihre Kräfte zum neuen Angriff

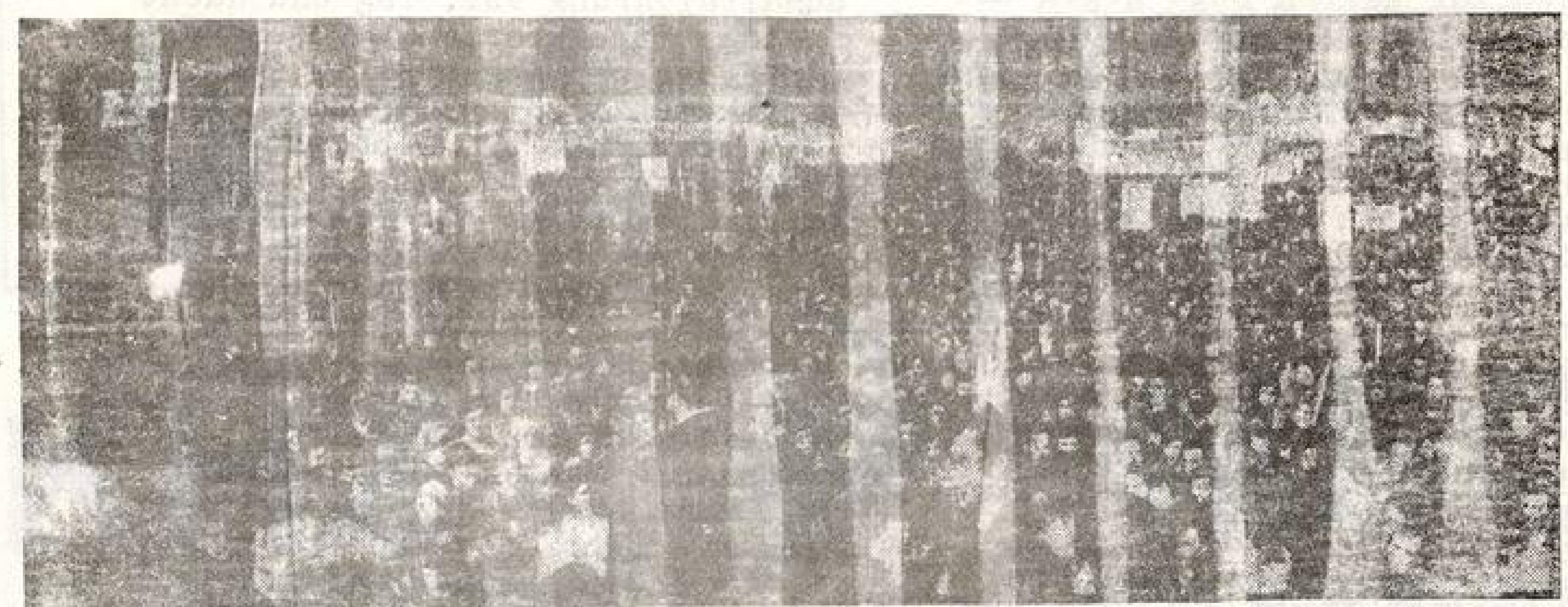
Nach einem Jahr (71/72) relativer Ruhe organisiert die Arbeiterklasse wieder ihre Kräfte zum Angriff gegen das kapitalistische Lohnsystem.

Im Jahr 1972 hat sich die seit 1965 immer wieder zum Ausbruch kommende strukturelle und konjunkturelle Krise des italienischen Kapitalismus erneut vertieft. Der seit der EWG-Gründung und dem vollendeten Wiederaufbau tobende internationale und EWG-interne Konkurrenzkampf bedroht jetzt 1972 aber nicht nur die kleinen und mittleren Unternehmen, sondern auch die größten Konzerne des Landes. Stillegungen auch von großen Betrieben sind auf der Tagesordnung, überall werden Arbeiter und Angestellte entlassen, Kurzarbeit wird eingeführt. Die Preise steigen ständig: Im Sommer 72 wurden die Preise von den Kapitalisten bereits um 7,6 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Lohnerhöhungen sind längst von den Preisen gefressen worden. Die Kapitalisten versuchen mit den Preisen ihre Rationalisierungskosten und ihre Profitminderung durch die EG-Konkurrenz auf dem Rücken ihrer Arbeiter abzuladen, alle Lasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

In den Monaten Juni/Juli 1972 streiken 3oo.ooo Chemiearbeiter - sie fordern eine Lohnerhöhung von 4o%. Seit November 1971 streiken ca. 1,7 Millionen Landarbeiter 1o Monate hindurch, unterbrochen nur durch Verhandlungen. Ihre Forderungen:

* unbefristeter Arbeitsvertrag für alle, die mehr als 18o Tage in einem Betrieb beschäftigt sind (dies richtet sich gegen Saisonentlassungen)
* für die sofortige Einführung der 4o-Stundenwoche
* für 29% Lohnerhöhung auf den Grundlohn
* für eine Erhöhung des Urlaubsanspruchs von 2o auf 24 Tage
* für eine Erhöhung der Überstundenzulage von 24 auf 25%.

Diese beiden Streiks, vor allem die Durchsetzung der zentralen Forderungen, bilden den Auftakt für weitere Kampfaktionen der Arbeiterklasse. Durch den Streik ermutigt, beginnen am 2.August 72 216.ooo Eisenbahner einen 24stündigen Streik. Sie fordern den Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Modernisierung des Streckennetzes (damit die Herabsetzung der Unfallgefahr), die Sicherung der Arbeitsplätze und eine Erhöhung des Personals (da der geringe Arbeitspersonalstand zusätzlich durch Überbeanspruchung und Überstundenhetze die Unfallgefahr erhöht). Die Arbeiter und Angestellten erreichen eine Personalaufstockung um 11.ooo und eine Zusicherung der



22.November: 200.000 Metaller aus ganz Italien sind in Mailand zusammengekommen, um für ihre Forderungen zu demonstrieren.

Regierung für den Streckenausbau.

Im August und September 72 erkämpften sich die Arbeiter in der Zuckerindustrie eine lineare Lohnerhöhung von 15.000 Lire und die Einführung eines monatlichen Mindestlohns.

Im September kommt es zu einem Generalstreik in der Provinz Turin gegen die Entlassung von 850 Arbeitern und Angestellten des Chemiefaserkonzerns Orsi-Mamgelli. Ab Herbst 72 tritt dann ein neues Moment in die Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse ein: Der Kampf wird in zunehmenden Maße als internationaler Kampf angesehen.

So kommt es zu einem Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter von Genua für die politschen Gefangenen in Spanien - einige Wochen lang wurden spanische Schiffe weder ent- noch beladen.

Im Oktober 72 streiken für eine Lohnerhöhung 1,3 Millionen Metallarbeiter, 1,2 Millionen Bauarbeiter, 180.000 Arbeiter und Angestellte der Post- und Telegrafenämter, 150.000 Bankangestellte; es streiken auch die Arbeiter der Mühlen- und Teigwarenindustrie und die Arbeiter der städtischen Gasbetriebe für eine Lohnerhöhung.

30.000 Arbeiter im Pirelli-Konzern



22. November: In Rom demonstrieren 40.000 Bauarbeiter, Arbeiter und Angestellte des Staates, Metaller und Bankangestellte gemeinsam gegen die Politik des bürgerlichen Staates und für die Forderungen ihrer Klasse.

streiken zur selben Zeit gegen die drohende Entlassung von 5.000 Kollegen sowie gegen Kurzarbeit. Dabei kommt es auch zum Zusammenprall mit den revisionistischen Gewerkschaftsführer von der CGIL - die Betriebsräte verurteilen die abwieglerische Politik der CGIL und sprechen sich gegen die versöhnlerische Verhandlungstaktik der Gewerkschaftsführung aus. Ende Oktober findet in Mailand auf Anregung der Arbeiter des Pirelli'Konzerns eine internationale Arbeiterkonferenz statt.(Pirelli ist inzwischen mit dem Giganten Dunlop fusioniert worden.) Auf diesem Kongreß werden gemeinsame Maßnahmen der Arbeiter in den verschiedenen Pirelli-Dunlop-Betrieben beraten. Es wird eine Kampffront der italienischen, spanischen, französischen, englischen und brasilianischen Arbeiter organisiert und beschlossen, jede weitere Stillegung mit einem Streik in allen Betrieben zu beantworten.

Internationale Solidaritätsstreiks für die um eine Lohnerhöhung streikenden Fiat-Arbeiter in Turin gibt es Spanien und Brasilien (Fiat-Zweigwerke). Agnelli, der Fiatboß, läßt sich daraufhin Arbeitskräfte von dem völlig unbedeutenden faschistischen Gewerkschaftsverband CISNAL aus dem Süden heraufkarren, um sie als Streikbrecher einzusetzen - ein Teil dieser Arbeiter solidarisiert sich jedoch ziemlich rasch mit den Streikenden.

Ein besonders glänzendes Beispiel

für die wachsende Kampfkraft der italienischen Arbeiterklasse ist der Kampf der Arbeiterinnen bei Crouzet in Mailand. Der Streik beginnt im Mai 1971 und dauert 1o Monate ohne Unterbrechung. Die Arbeiterinnen fordern:

die Abschaffung des Akkordsytems
die Abschaffung der unteren Lohngruppen
die Anerkennung des Betriebsrats.

Im Verlauf der ersten Monate schlägt die "kommunistische Gewerkschaft" CGIL die Verlegung des Betriebes in das 45 km von Mailand entfernte Zingonia vor. Daraufhin nehmen die Arbeiterinnen zusammen mit Arbeitern und Angestellten anderer Betriebe den Kampf auch gegen die Gewerkschaftsführung auf. Tag und Nacht standen Streikposten vor der Fabrik, (Arbeiter und Angestellte anderer Fabriken halfen aus, Studenten und Schüler wechselten sich mit den Arbeiterinnen ab) und verhinderten so die Demontage der Fabrik. Mehrmals waren die Streikposten Angriffen der Polizei ausgesetzt, die u.a. versuchte, die Streikposten zu verjagen und Streikbrecher einzuschleusen. Nach einem dieser Polizeiüberfälle berichtete die Zeitung "L'Unitá" (Zentralorgan der KPI): "... es handelte sich um Provokationen extremistischer Studenten..."

Die Arbeiterinnen antworteten diesen Dreckschleudern in einer Wandtafel: " Es gibt wirklich zwei Extremisten: die Arbeiter und die Kapitalisten!"

Der Streik endete mit einer teilweisen Erfüllung der Forderungen der Belegschaft. Die Fabrik wurde in Mailand belassen. Die verschiedenen Verleumdungen, vor allem von Seiten der KPI, wurden zurückgewiesen.

Das Jahr 1973 beginnt mit einer weiteren Zuspitzung der Kämpfe. Am 13.1. demonstrierten, um Druck hinter die bevorstehende Metalltarifrunde zu setzen, 25o.000 Metallarbeiter, Angestellte und Studenten in Rom. Es wird der Generalstreik ausgerufen und 2o Millionen werktätiger Italiener treten in den Streik.

Am 27.2. wird ein Streik der Metallarbeiter für den neuen Kollektivvertrag ausgerufen. Es kommt zur Solidarisierung in allen anderen Fachgewerkschaften, so daß für einige Stunden zur Unterstützung der Metallarbeiter in Italien 14 Millionen Arbeiter und Angestellte im Generalstreik stehen. Von der KPI wird diesem Streik ein Reformmäntelchen aufgesetzt. L'Unita münzt den Generalstreik in einen Streik für die Reform der Sozialversicherung, des Gesundheitswesens sowie des Bildungs- und Wohnungswesens um, wobei - und das ist das Schädliche - der Solidaritätscharakter unterschlagen wird.

Am 3.3., während des Streiks von 1,2 Millionen Metallarbeitern, besetzen 1.5oo Metaller das Gebäude des staatlichen Rundfunks in Neapel und erzwingen eine Sendung, in der

sie die Bevölkerung über ihre Forderungen und die skandalösen "Anbebote" der Unternehmer informieren.
Wie alle diese Kämpfe zeigen, fehlt es der italienischen Arbeiterklasse weder an Mut, Ausdauer, noch an taktischem Geschick. Ein Mangel ist jedoch bei allen diesen Kämpfen immer wieder ersichtlich: es fehlt die zentralisierende Kraft, die die lokalen Kämpfe zusammenfaßt, ihnen ein einheitliches, klares Programm gibt, und die Arbeiterklasse und alle verbündeten Klassen und Schichten zum Sturz des kapitalistischen Regimes in Italien anführt, es fehlt die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei.

Im obigen Abschnitt wurde die Politik der KPI anhand ihres Eingreifens in die Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse dargestellt. Dieses kursorische Abhandeln muß nun systematisch werden, es gilt die Stoßrichtung dieser Politik herauszustellen. Eine derartige Systematisierung kann natürlich nicht auf die Kritik an der revisionistischen Theorie verzichten.

Eine zentrale Stellung nimmt dabei die Haltung der KPI zum Klassenkampf und zum Parlamentarismus ein.
Es kommt nicht von ungefähr, daß von allen revisionistischen Parteien die KPI am enthusiastischsten das Wahlabkommen zwischen KPF und SP begrüßt hat - auch die KPI arbeitet schon seit langem auf den "friedlichen Weg zum Sozialismus" hin.
So finden sich bereits in den Thesen des 10.Parteitages der KPI (Dez. 1962) folgende Stellen:

> "7. In der kapitalistischen Welt besteht heute in Wirklichkeit ein Trend zu strukturellen Reformen und zu Reformen sozialistischer Art, die mit dem wirtschaftlichem Fortschritt und der neuen Ausweitung der Produktivkräfte im Zusammenhang stehen.
> 8. Der Begriff 'Diktatur des Proletariats' selbst kann einen anderen Inhalt bekommen, als er in jenen schweren Tagen des Bürgerkrieges und des ersten sozialistischen Aufbaus in einem vom Kapitalismus eingeschlossenen Land besaß.
> 9. Um 'tiefgehende Reformen der bestehenden politischen und ökonomischen Struktur' durchzuführen, kann in den kapitalistischen Ländern 'den parlamentarischen Institutionen eine vorrangige Funktion zufallen'".

Hier schiebt Togliatti bereits vorsichtig der revolutionären Theorie von Marx, Engels und Lenin sein eigenes reformistisches Konzept einer "neuen Klassenkampftheorie" unter. Weniger vorsichtig wird bereits im Mai 1972 in der L'Unita zum Wahlkampf argumentiert: "...Der Wahlkampf ist eine Gelegenheit zum Diskutieren.... Sie (die Millionen Menschen, die Red.) für die große und langwierige Aufgabe der grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft, die in einem Wahlgang gewiß nicht gelöst, deren Lösung aber einen Schritt weiter gebracht werden kann, zu mobilisieren."
Also man merke: nicht durch den Klassenkampf, in dessen Rahmen auch der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien und das eigene Auftreten vermittelt werden muß, wird die Perspektive des Sozialismus eröffnet, nein, durch mehrere Wahlen, aus denen die KPI und die mit ihr verbündeten Parteien immer "stärker" hervorgehen, wird schrittweise der Sozialismus eingeführt.
Nur zu folgerichtig ergibt sich daraus auch die Uminterpretation des Klassencharakters des derzeit bestehenden italienischen Staates und der jetzt stattfindenden Kämpfe gegen diesen Staat:
"... Die italienische Republik, die aus dem bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes, aus einer nationalen und demokratischen Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei hervorgegangen ist,

ist keine bürgerlich-demokratische parlamentarische Republik traditioneller Art, sondern eine Republik neueren Typs.... ", meinte Luigi Longo (ehemaliger Generalsekretär der KPI) in seiner Rede auf dem 12. Parteitag der KPI (April 1969) und Enrico Berlinguer (genannt der eiserne Hintern, derzeit Generalsekretär) setzte in einem Interview fort: Die Kommunistische Partei setze sich ein für eine Regierung der demokratischen Wende, eine Regierung aus der kommunistischen, sozialistischen und katholischen Volksbewegung. Berlinguer begründete die Einbeziehung der KPI in die Regierung,

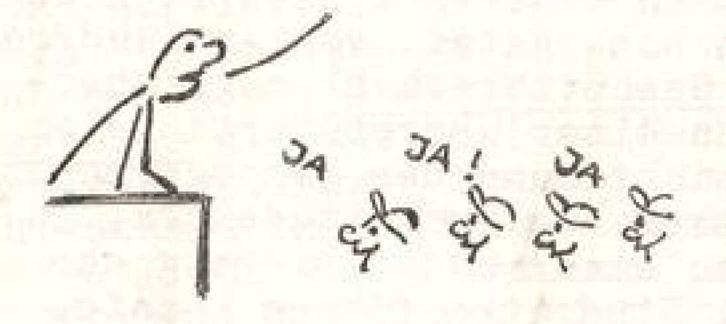
weil es notwendig sei, die Möglichkeit zu ergreifen, um ein Programm der Erneuerung durchzuführen,
weil es notwendig sei, einen reaktionären Angriff abzuwehren, es notwendig sei, die Demokratie zu retten.

Folgerichtig erklärte er denn auch auf dem 13. Parteitag, wie er sich den Sozialismus vorstellt: "Wir kämpfen für ein sozialistisches Italien, das ganz anders sein soll, als die bis jetzt realisierten sozialistischen Gesellschaften...."
Es geht also nicht darum, "irgendwelche" Erfahrungen anderer sozialistischer Länder zu studieren, um deren Fehler nicht mehr zu machen, sondern Enrico Berlinguer will etwas ganz Neues, nämlich eine demokratische und pluralistische sozialistische Gesellschaft.
So kann man nun das Fazit ziehen: Die KPI denkt nicht mehr im entferntesten daran, einen Kampf gegen die bürgerliche und für die sozialistische Demokratie zu führen - denn was soll denn das heißen, eine pluralistische sozialistische Demokratie, wenn nicht das Respektieren der bürgerlichen Parteien. Die KPI hat aber auch gleich die theoretische Rechtfertigung parat - es gäbe diese bürgerliche Demokratie in Italien ja nicht mehr. Man muß nur erneuern, dann kommt der Sozialismus schon.
Wenn man sich die Äußerungen der "Führer"der KPI nochmals durch den Kopf gehen läßt, so fällt einem bald auf, daß die Grundlage für diese Rechtfertigung offensichtlich in der Auffassung der KPI über den Staat zu suchen ist.
Und genau dort erweist sich wiederum, wie wenig diese Herren noch mit dem Kommunismus zu tun haben. Der Staat ist keine Klassenfrage mehr, sondern steht über den Klassen, hat mit der Klassenspaltung in der heutigen Gesellschaft nichts mehr zu tun. Weggefegt sind die richtigen Auffassungen von Marx, Engels und Lenin, denn heute haben wir die "Republik neuen Typs", in der es offensichtlich keine Klassen, sondern nur noch "reaktionäre und sozialistische" Kräfte gibt.
Wie primitiv nimmt sich diese nebulose, mystische Vorstellung neben der klaren Analyse F. Engels aus: "...Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse..." (F.E.: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und Staates.)

Aus der Haltung der KPI zum Staat, wie sie den Sozialismus erkämpfen will, also kurz, aus ihrer Abkehr von der Theorie des Marxismus-Leninismus folgt auch konsequent eine bestimmte Haltung zu den Kämpfen der Arbeiterklasse.

Eine kommunistische Partei hat keine von den Zielen der Arbeiterklasse abweichenden Ziele und Interessen, heißt es im Manifest, doch die KPI hat sehr wohl von den Zielen der Klasse abweichende Interessen: Sie will nämlich zuerst einmal einen noch"größeren Einfluß" im Parlament.
Die Kämpfe der italienischen Arbeiter, Bauern und Studenten stören in den Augen der KPI natürlich den

"Kampf" um Parlamentssitze (es werden ja schließlich Wähler verschreckt) und hemmen den "Kampf" und Reformen.
Die KPI versucht nun, entweder diesen Kämpfen eine andere Stoßrichtung zu geben, sie versucht diesen Arbeitskämpfen ein Reformmäntelchen umzuhängen, oder wenn dies nicht gelingt, so greift sie bedenkenlos zu Diffamierungen. Dann sind die Arbeiter "von extremistischen Studenten beeinflußt und irregeleitet, von Dogmatikern verführt worden", und was es an anderen Komplimenten sonst noch gibt.

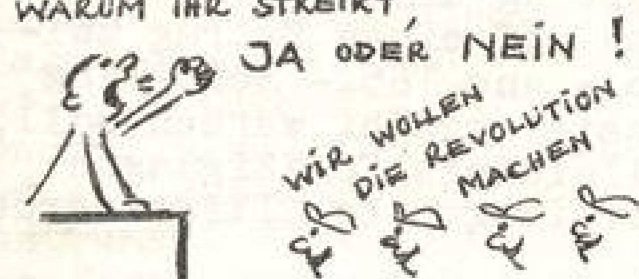






Es ist für eine revisionistische KP immer notwendig, sich in die Reihe der Kräfte einzuordnen, die "für Ruhe und Ordnung" eintreten, um dadurch einer parteiinternen Logik folgend dem "Antikommunismus" entgegenzuwirken, während eine kommunistische Partei aufgrund ihrer täglichen Arbeit dies durch den Kampf, die Propaganda und Agitation widerlegt.

Es ist für die KPI besonders wichtig, jedes "Ausbrechen nach links" zu verhindern - darin ist sie sich mit allen sozialdemokratischen Parteien einig.
Gerade dieses "Ausbrechen nach links" manifestiert in Italien derzeit jedoch die Suche der italienischen Arbeiterklasse nach einer führenden Kraft, nach einer Partei der Arbeiterklasse, nach einer neuen Kommunistischen Partei.
Was die italienische Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes suchen und brauchen. ist nicht eine auf den Sozialdemokratismus herabgesunkene KPI. (Man vergleiche etwa das, was die KPI zur derzeitigen Gesellschaftsordnung zu sagen hat, mit der Behauptung Kreiskys auf dem Villacher Parteitag, es gäbe keinen Kapitalismus mehr, wir leben in einer Gesellschaft neuen Typs.





WAS DIE ITALIENISCHE ARBEITERKLASSE UND DIE ANDEREN TEILE DES VOLKES BRAUCHEN, IST EINE NEUE KOMMUNISTISCHE PARTEI !

Zum Ausländerwahlrecht

Während nach dem derzeit noch geltenden Hochschülerschaftsgesetz aus dem Jahre 1950 die ordentlichen Hörer österr. Staatsbürgerschaft an den österr. Hochschulen in ihrer Gesamtheit die ÖH bilden, sollen nach dem letzten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Österr. Hochschülerschaft sämtliche ordentlichen und außerordentlichen Hörer österr. und auch fremder Staatsbürgerschaft an den österr. wissenschaftlichen Hochschulen (einschließlich der Akademie der bild. Künste und Kunsthochschulen) der ÖH angehören, wobei für die Wahl in Organe der ÖH die österr. o. Hörer aktiv und passiv, die ausländ. o. Hörer nur passiv wahlberechtigt sein sollen.

Bisher durften ausländ. Studenten, sofern sie dem ÖH-Beitrag bezahlt hatten, an den sozialen und Fürsorge-Einrichtungen der ÖH teilnehmen, hatten aber keinen Anspruch auf Vertretung, ja nicht einmal auf eine beratende Stimme in den Organen der ÖH. Dafür können auch, wie es in einem Erlaß des BMfU vom 1.9.1965 heißt, "zur Leistung von Hochschülerschaftsbeiträgen nur Hörer österr. Staatsbürgerschaft herangezogen werden".

Der Entwurf verpflichtet nun die ÖH, von jedem ihrer Mitglieder - und das sind nun auch die ausländ. o. Hörer - einen Mitgliedsbeitrag einzuheben, der noch dazu auf einen Betrag zwischen 55.- und 165.- Schilling pro Semester erhöht werden soll, wovon allerdings Ermäßigungen oder Befreiungen bewilligt werden können.

Die ÖH war und wird auch nach dem neuen Gesetz eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sein, der die Vertretung der allgemeinen Interessen der Hochschüler in der Form der Selbstverwaltung unter Aufsicht des BMfWuF obliegt. Sie hat also im Verwaltungsrecht denselben Rechtsstatus, wie ihn z.B. die Kammern für Arbeiter und Angestellte oder die Kammern der gewerblichen Wirtschaft besitzen, deren Angehörige aber sehr wohl - und zwar ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit ! - in die jeweiligen Organe wahlberechtigt sind (§9 ArbeiterkammerG, §45 HandelskammerG). Daher erscheint die Forderung nach dem aktiven Wahlrecht für unsere ausländ. Kollegen sogar von einem juristisch-positivistischen Standpunkt aus durchaus legitim, auch wenn der Verfassungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 20.6.1972 der ÖH den Status einer gesetzlichen beruflichen Interessensvertretung (wie er eben der Arbeiterkammer z.B. zu eigen ist) trotz der gegen seine Anschauung zu Recht bestehenden Bedenken nicht zuerkennt.

Ultrareaktionäre Kreise um VP und FP äußerten selbst gegen das aktive Wahlrecht für unsere ausländ. Kollegen"Bedenken"dahingehend, daß der an einzelnen österr. Hochschulen hohe Anteil von Ausländern an der Gesamthörerzahl möglicherweise zu einer überproportionalen Berücksichtigung der besonderen Interessen ausländ. Studenten, ja sogar zu einer Majorisierung der österr. Studenten führen könnte. Diese für die österr. Bourgeoisie nicht ganz unbegründete Angst vor "besonderen Interessen ausländ. Studenten" beruht wohl auf der Einsicht in die Tatsache, daß unsere ausländ. Kollegen zu einem großen Teil aus Ländern mit enormem politischen und wirtschaftlichen Druck auf die dortige Bevölkerung kommen und gegenwärtig ein dementsprechend weitaus höheres politisches Bewußtsein besitzen als der Durchschnitt der inländ. Studenten, oder konkret gesagt: daß auch von den ausländ. Studenten die Gefahr der Politisierung (noch dazu vielleicht mit kommunistischer Zielsetzung) der bisher harmlosen österr. Studenten drohen könnte.

Die Sozialdemokratie hat daraufhin nichts Besseres zu tun, als diese äußersten Reaktionäre mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß der durchschnittliche Anteil der Studierenden ausländischer Staats-

bürgerschaft an österr. Hochschulen ohnehin nur 14% betrage und fallende Tendenz aufweise. (Dieser Tendenz soll noch nachgeholfen werden. Die Österr. Hochschulzeitung vom 1.3.1973 berichtet auf Seite 2 mit Genugtuung:
"Ausländerstrom wird gebremst: Wenn Nachbarstaaten den Zugang zu ihren Hochschulen beschränken, soll sich der Strom der abgewiesenen Studenten nicht nach Österreich ergießen. Numerus-clausus-Vorschriften ausländ. Universitäten, die sich auf einen Notendurchschnitt stützen, sollen auch in Österreich zwingend beachtet werden, heißt es deswegen in einem Erlaß, mit dem das Wissenschaftsministerium zum ersten Mal die geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Zulassung von Ausländern an Österreichs Hochschulen zusammenfaßt.") Außerdem bleibe die Wählbarkeit zum Funktionär der ÖH nach wie vor auf Inländer beschränkt.

Ein weiteres gewichtiges Argument scheint die SP vergessen oder nicht zu bringen gewagt zu haben: daß nämlich § 3 des Fremdenpolizeigesetzes die zuständigen Behörden ermächtigt, gegen Fremde, deren Aufenthalt im Bundesgebiet die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit gefährdet oder anderen öffentlichen Interessen zuwiderläuft, ein Aufenthaltsverbot zu erlassen. Daß trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Juristen der unbestimmte Gesetzesbegriff der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit bzw. der öffentlichem Interessen ein Mittel zur ziemlich willkürlichen Ausweisung mißliebiger Ausländer ist, liegt auf der Hand und wird im Ergebnis auch durch die Rechtsprechung des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes bestätigt. Die im Erlaß des BMfI vom 24. 1. 1967 aufgezählten, bei Erlassung eines Aufenthaltsverbots zu berücksichtigenden Umstände - z. B. die Einstellung des Fremden zu der österreichischen Rechtsordnung, Aspekte der Volksgesundheit, Sicherung des Arbeitsplatzes für inländ. Arbeitnehmer, Verhinderung einer Überfremdung Österreichs und dgl. mehr - erhärten dies noch.

Das passive Wahlrecht

in Organe der Hochschulverwaltung ist den ausländischen Studierenden aus verfassungsrechtlichen Gründen verwehrt. Die Erläuterungen zum Entwurf eines neuen Hochschülerschaftsgesetzes zitieren dazu den Artikel 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, wonach ausländische Staatsbürger keine öffentlichen Ämter bekleiden können.

Das passive Wahlrecht für Ausländer wäre ein positiver Ansatz zur möglichen und notwendigen Überwindung des bürgerlichen Nationalismus. Gerade dieser Nationalismus in der Form des Chauvinismus aber ist ein wichtiges Mittel des internationalen Kapitals zur Spaltung der Arbeiterklasse in nationale Lager. Das unterdrückte Volk soll den eigentlichen Feind im anderen Volk und nicht in den eigenen Unterdrückern sehen. Daher die rechtlich erhebliche Schlechterstellung der Ausländer; daher die Unterscheidung zwischen den politisch bedeutenden Grundrechten, die nur dem Staatsbürger, und den politisch weniger bedeutenden Menschenrechten, die jedermann zustehen; daher der Begriff des Volkes als Summe der Staatsbürger und nicht als Zusammenfassung aller nichtkapitalistischen, unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten. Diesen klassenanalytischen Volksbegriff auf eine bürgerl. Verfassung anzuwenden, hieße für die Bourgeoisie: auf ein wesentliches Herrschaftsinstrument zu verzichten, und ist insoferne von einem bürgerlichen Standpunkt aus denkunmöglich. Das Kapital zieht Grenzen zwischen den einzelnen Staaten und Nationen, um jede mögliche und für die Arbeiterbewegung selbst notwendige Solidarität unter den Proletariern aller Länder hintanzuhalten. Wir ziehen dagegen die Grenzen dort, wo wirklich unüberwindbare Gegensätze bestehen: nämlich zwischen dem Volk und den Feinden des Volks.

Dieser Gegensatz läßt sich in jeder kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf den Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital zurückführen.

Daher fordern wir das passive Wahlrecht für Ausländer als einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zu Klarstellung der Klassenfronten und als eine sicher nützliche, wenn auch bei weitem nicht hinreichende Voraussetzung für die Herstellung der Einheit der Kräfte des Volks gegen seine Feinde.

MSO-GRUNDKURS: DARLEGUNG UND DISKUSSION DER POLITIK DER MSO UND EINFÜHRUNG IN DIE GRUNDLAGEN DES MARXISMUS-LENINISMUS: JEDEN MITTWOCH 19³⁰, LAGERGASSE 18

TREFFPUNKT LEOBEN: "SCHULUNGSGRUPPE POLITISCHE ÖKONOMIE" JEDEN DONNERSTAG 19 Uhr: Roseggergasse 5 (STUDENTENHEIM)

MSO-INFORMATIONSSTAND (JEDEN MITTWOCH MENSA)

VORLÄUFIG VOM MENSALEITER VERBOTEN!!

RFS:OFFEN REAKTIONÄRER AGENT DER BOURGEOISIE AN DER UNIVERSITÄT

Die demagogischen Behauptungen des RFS, er mache eine "sachliche", "unabhängige" Politik für die Studenten, streut noch immer vielen Kolleginnen und Kollegen, vor allem jenen, die meinen, es solle doch " anstatt hoher Politik lieber etwas für den Studenten getan werden", Sand in die Augen, weshalb wir uns mit dieser sogenannten " unpolitischen Interessensvertretung" auseinandersetzen müssen.

DIE «UNPOLITISCHE» PRAXIS DES RFS

besteht im Wesentlichen aus zwei -parallelen -Taktiken :
1) offenen Abwürgungsversuche der demokratischen Bewegung und
2) Anhängen an gewisse, vor allem finanzielle Interessen der Studenten.

■ So zum Beispiel beim MSO-Teach In über die Slowenen (Nov. 72), wo RFSler im Verein mit Burschenschaftlern, weil sie offenbar keine Argumente hatten, die Diskussion zu stören versuchten, was ihnen jedoch aufgrund der Geschlossenheit und Disziplin der anwesenden Studenten kläglich mißlang.

■ So zm Beispiel in der Anglistik, wo es einen demokratischen, von den Studenten gewählten Studentenvertreter gibt (Koll. Pobitschka), der Prof. Stanzl "nicht genehm" ist. Daher drohte Stanzl:Wenn Pobitschka weiter Studienkommissionsmitglied bleibt, wird sich das Klima am Institut sehr verschlechtern. Um dieses zu verhindern(das Interesse der Studenten an einem "angenehmen Institutsklima " zu vertreten) fiel die Fachschaftsleiterin der Phil. (Heidi Resch /RFS) diesem demokratischen Studentenvertreter und damit allen Studenten in den Rücken : Sie verhandelte mit Prof. Stanzl und wollte dann Neuwahlen für die Studienkommission durchführen. Wie demokratisch solche Wahlen in Anbetrachtung der Drohung Stanzls wären, ist wohl klar. Die Studenten des Instituts stellten sich jedoch hinter ihren Vertreter und verhinderten so die verräterischen Manipulationen der RFSlerin.

■ So in der letzten Hauptausschußsitzung der ÖH: Der RFS versuchte, durch legalistische Tricks (Ablehnung von zusätzlichen, wichtigen Tagesordnungspunkten, endlose Diskussionen über die Geschäftsordnung) sowie später durch andauerndes Stören und persönliche Angriffe auf einzelne Mandatare die Behandlung der Tagesordnungspunkte Vietnam, Griechenland, 13. März 1938 hinauszuzögern und zu sabotieren, was ihm jedoch aufgrund der konsequenten Linie der MSO ebenso mißlang und er die Sitzung vor der Behandlung dieser Punkte verließ.

■ So sind auch die jüngsten Maßnahmen gegen die Institutsgruppe (IG) Germanistik zu verstehen: Bislang konnten alle Flugblätter der Studienkommissionsmitgleider relativ anstandslos abgezogen werden, doch jetzt, wo sich eine IG konstituierte, um den Kampf um fortschrittliche Forderungen organisiert aufzunehmen, begann die obengenannte Heidi Resch der IG Schwierigkeiten in den Weg zu legen:einen Arbeitsbehelf zum IG-Kurs "Methodenkritik der Literaturwissenschaft" nannte sie "Wahlwerbung" und"kommunistische Propagana",weshalb Schriften und Flugblätter der IG nur mehr dann abgezogen werden dürften,wenn sie sie vorher durchsehen und Passagen herausstreichen kann;eine solche Zensur der IG durch den RFS wird von allen IG-Mitgliedern entschieden zurückgewiesen ! Als der Druck der IG gegen die auf reinen Anschuldigungen beruhende Boykottmaßnahme zunahm,änderte sie ihre Taktik und schob

"sachliche" Gründe vor : daß die Unterlagen für den Kurs der ÖH zu teuer kämen, obwohl z.B. die ÖH-Mandatare für sich selbst freien Skriptenbezug beschlossen haben. Durch solche Machenschaften wird sich die IG aber nicht an ihrer Tätigkeit hindern lassen.

■ So an der Hochschule in Leoben, wo der RFS im Verein mit den Prof. eine Regelung durchsetzte, durch die Teach-Ins an der Hochschule nicht mehr abgehalten werden dürfen.

worauf der RFS seine Politik ausgerichtet hat, ist billige Effekthascherei und Schacher mit den materiellen Interessen der Studenten. Erhängt sich an kleinere, ungefährlich Forderungen, wie billige Krankenfürsorge (über die wichtige Frage der Stipendien hat er wohl kein Wort zu verlieren!) an und kehrt den borniert-ständischen Charakter dieser Forderungen heraus. (So bezeichnete er in einem Flugblatt die Studente n als " sozial bedürftigste" Gruppe!) Er will damit eine soziale Schicht gegen andere Klassen und Schichten unserer Gesellschaft ausspielen.

Durch solche "Wahlzuckerln" will der RFS verhindern, daß die Studenten klarer erkennen, warum sich ihre ökonomische Situation verschlechtern und die Studienbedingungen sich verschärfen.

Er will vermeiden, daß immer mehr Studenten begreifen, daß der wirkliche Feind der Studenten und des ganzen Volks jene Klasse ist, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ihren Profitinteressen unterwirft.

Der RFS stellt sich damit offen in den Dienst des Kapitals!

DIE BOURGEOISIE BEZAHLT DIE BÜRGERLICHEN FRAKTIONEN FÜR IHRE HANDLANGERDIENSTE

Auch der RFS wird von der Kapitalistenklasse bezahlt und ausgehalten:

- Der Wahlkampf des RFS 1971 kostete 200.000 ö.S; der RFS erhielt für diesen Wahlkampf 217.200 ö.S., davon
- 100.000ö.S. von der Vereinigung Österreichischer Industrieller (in der aber auch ausländische Kapitalisten wie z.B. Siemens organisiert sind)
- 81.000 ö.S. vom Verband Freiheitlicher Akademiker (FAV) und
- 36.200 ö.S. von der FPÖ.

Man sieht, wie heuchlerisch das Geschwätz des RFS von seiner "Unabhängigkeit" ist !

Das erkannte sogar schon Dr. Büchele (damals RFS Innsbruck) bei einer Arbeitstagung aller Österr. RFS Verbände am 12.3.1961 im Gotenhaus in Graz: "Der Wahlschlager des RFS-Graz 'Unabhängigkeit' ist rein spekulativ und kann nicht bewiesen werden!" (Protokolle dieser Sitzung, S.5, alle auch die folgenden Unterstreichungen von der Redaktion)

- Bei derselben Tagung erklärte Dr. Norbert Burger (damals RFS Innsbruck- heute NDP) : " Die Hörer müssen auch nach der Wahl angesprochen werden. Dazu sind finanzielle Mittel erforderlich. Man kann sich ruhig an den Industriellenverband (IV) wenden . In Wien wurde ein entsprechendes Gesuch mit 1o.000 ö.S. beantwortet. (!)Auch möge man einzelne Industrielle um Spenden ersuchen (in Wien konnte ein RFS -Mitglied völlig privat 10.000 ö.S. aufbringen) Wenn die Herren das von der Steuer absetzen wollen, so können sie Inserate im"Ring"(Zeitung des RFS, d.Red.) erwerben, die dann nicht einmal erscheinen müssen. Der RFS hätte dann nur 2% Inseratensteuer zu bezahlen. Selbstverständlich darf das Steueramt nichts davon wissen, daß die Inserate nicht erscheinen oder stark überbezahlt sind. Mit diesen oder ähnlichen Aktionen kann viel Geld flüssig gemacht werden ." (Protokolle, S. 4)

An die
Vereinigung österreichischer
Industrieller

Wien III.,
Schwarzenbergerplatz 4

31.Jänner 1961

Wir danken Ihnen herzlichst für die uns überwiesene Wahlspende in der Höhe von S 10.000.- und teilen Ihnen mit, daß dieser Betrag dem Widmungszweck zugeführt worden ist.

Für uns bedeutete Ihre Spende eine große Verstärkung unseres Wahlbudgets. Wie Sie aus den Wahlergebnissen entnehmen können, wirkte sich Ihre Spende in Ihrem Sinne aus.

Leider war es uns durch die umfangreichen Wahlvorbereitungen unmöglich, Ihnen früher zu antworten. Wir bitten dafür um Verständnis und zeichnen hochachtungsvoll

RING FREIHEITLICHER STUDENTEN

WIEN III/49, SCHWARZENBERGPLATZ 4
(HAUS DER INDUSTRIE)

An den
Ring Freiheitlicher Studenten,
Habsburgergasse 5
Wien I

Ihr Zeichen | Ihr Schreiben 28.3.1963 | Unser Zeichen Krz/338 | Wien, am 25.April 1963.

Betrifft: Subvention.

Sehr geehrte Herren !

Wir freuen uns Ihnen mitteilen zu können, dass unser Präsidium in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, Ihnen zur Abdeckung Ihrer Schulden, die durch Ihre Wahlpropaganda entstanden sind, einen Betrag von S 10.000.- zur Verfügung zu stellen.

Wir haben veranlasst, dass diese Summe auf Ihr Konto Nr.811.483 bei der Ersten österreichischen Sparkasse durch unser Kuratorium zur Förderung des wirtschaftlichen Nachwuchses überwiesen wird und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Telefon: 72 56 51 Serie
Fernschreiber: Indusverein Wien 01/1717
Creditanstalt-Bankverein, Filiale Schubertring
Telegramm-Adresse: Industrieverein

DR. JÖRG KANDUTSCH
PRÄSIDENT DES RECHNUNGSHOFES

WIEN, AM 12. November 1970
I, ANNAGASSE 5
TEL. 52 69 01

An die Herren
Rainer Barkovicz und John Gudemus

Ring Freiheitlicher Studenten
Habsburgergasse 5
1010 Wien

Sehr geehrte Herren!

Ich habe des öfteren versucht, Sie anzurufen, Sie aber nie erreichen können. Ich möchte Ihnen deshalb auf diesem Wege mitteilen, daß ich mit dem Herren Kom.Rat Hinteregger und Dr. Herbert Kraus in der Frage einer ausreichenden finanziellen Unterstützung des RFS bei den kommenden Hochschülerwahlen gesprochen habe. Beide Herren haben sich außerordentlich interessiert gezeigt. Ich bitte Sie daher, sich mit den Genannten in Verbindung zu setzen, wobei allerdings Herr Kom.Rat Hinteregger zur Zeit in Amerika ist und erst nach dem 27. November d.J. wieder in Wien sein wird.

Mir wurde außerdem mitgeteilt, daß in der Industriellenvereinigung die Ansicht vorherrschen soll, diesmal die beiden nichtsozialistischen Fraktionen zumindestens paritätisch möglicherweise mit einem Übergewicht des RFS zu finanzieren. Vielleicht ist diese Nachricht von Interesse für Sie.

Mit besten Grüßen

Ihr

Jörg Kandutsch

So bezog der RFS Wien 1971 monatlich 2.000ö.S. vom Industriellenverband.
So wird der RFS von rassistischen Propagandaorganisationen, wie z.B. der Informationsstelle der Südafrikanischen Botschaft. In einem entsprechenden Brief des RFS an diese heißt es : " Es ist Ihnen wahrscheinlich bekannt, daß wir die einzigen sind, die Ihre Politik unterstützen. " (Brief vom 2.März 1970)

RFS: NUR EINE METHODE BÜRGERLICHER POLITIK

Es ist nun aber falsch, anzunehmen, nur der RFS werde von der Kapitalistenklasse ausgehalten. Dazu aus einem Brief von Dr. Jörg Kandutsch, Präsident des Rechnungshofes (!) an den RFS, vom 12.Nov. 1970 : " Mir wurde außerdem mitgeteilt, daß in der Industriellenvereinigung die Ansicht vorherrschen soll, diesmal (ÖH-Wahl 1971, d. Red.) die beiden nichtsozialistischen Fraktionen zumindest paritätisch möglicherweise mit einem Übergewicht des RFS zu finanzieren. Vielleicht ist diese Nachricht von Interesse für Sie ."
Die beiden"nichtsozialistischen" Fraktionen, das sind ÖSU und RFS. (Was den VSSTÖ und den CSS betrifft, so werden diese über die SP vom Kapital finanziert; besonders der letztere brüstet sich mit Studentenheimen (u.ä), die seine Partei angeblich einmal bauen wird.Das IVZ ist da "ärmer" dran:es muß einzelne kleinere Gönner anschnorren.)

Daraus geht klar hervor: die Bourgeoisie unterstützt mehrere Fraktionen gleichzeitig. Diese verschiedenen Fraktionen stellen nur verschiedene Methoden der Politik des Kapitals an der Uni dar,und insofern ist auch der Widerspruch zwischen ihnen zu verstehen.
Ähnlich wie die SP auf gesamtgesellschaftlicher Ebene,so vertritt die ÖSU im Unibereich die Methode der scheindemokratischen Politik.Nicht zufällig wird dadurch die ÖSU zum Handlanger des UOG und der monopolkapitalistisch-technokratischen HS-Reform.Sie nützt den Widerspruch zwischen Professoren und Studenten aus,um den Kampf bloß gegen die Professoren und im Bündnis mit der HS-Reform (UOG) zu betreiben.Sie lenkt damit vom eigentlichen Feind,der Kapitalistenklasse und ihren Vollzugsorganen ab und verschleiert den Charakter dieser Reform.Mit ihren hohlen pseudodemokratischen Parolen ist sie zur Zeit besser in der Lage als der RFS,die demokratische Bewegung irrezuführen und zu bremsen.
Der RFS dagegen vertritt eine offen reationäre,offen antidemokratische Methode zur Niederhaltung der Bewegung.Er will die HS-Reform brutal, wenn nötig auch gegen den Wille n der Studenten durchdrücken,und dazu braucht er auch keine scheindemokratische "Mitbestimmung",worin er sich mit den Professoren durchaus einig ist.(vgl."qualifizierte" Mitbestimmung)
Im gegenwärtigen Stand der Entwicklung ist die Politik des RFS (mit seinen Verbindungen zu Burschenschaften,NDP sowie Heimatdienst) wenig brauchbar,da ihre deutschnationale Ideologie kaum in der Lage ist,viele Studenten an sie zu binden.Weil der RFS das auch genau weiß,versucht er sein wahres Gesicht hinter seinem Geschwätz von einer "unpolitischen Interessensvertretung " und einer "sachbezogenen Politik" zu verbergen;weshalb auch der RFS nicht einheitlich ist.

ZWEI VERSCHIEDENE GESICHTER — EIN WESEN

Die eine Gruppe im RFS meint,"der RFS muß seine Stellung zu den Fragen dialektischer Materialismus, Persönlichkeit,Eigentum,Nation, Deutschtum usw. einmal einnehmen und dann aufzeigen."(Dr.Büchele, Protokolle,S.5) Und "wenn man den Studenten durch die Arbeit (materielle Seite) gefesselt hat,soll man ihn ideell beeinflussen" und

ihn bei jeder Arbeit in der ÖHS, im RFS und bei jedem Erfolg mit einer ideologischen Spritze versehen."(Dr.Timmel,Präsident des FAV,Protokolle S.4/6)
Neben dieser Meinung bildet sich aber eine neue Variante der Politik aus,die,weil Deutschtum keinen Marktwert mehr hat,die "Persönlichkeit und Leistung" des Einzelnen herauskehrt:"Die Persönlichkeit der Kanditaten soll in die Waagschale geworfen werden (weibliche Hörer)(!).Die Wahlkosten spielen keine größere Rolle,individuelle Wertung ist die Hauptsache."(Protokolle,S.3)
"Altrichter (damals Vorsitzender des RFS Graz;die Red.) meint,es sei selbstverständlich,wenn der AV (=FAV) will,daß der RFS sich ideologisch dem AV anpasse.In Graz ist das aber infolge der Führungsposition an der TH unmöglich.Der RFS würde viele Stimmen verlieren.Der Wahlblock (aus dem sich die ÖSU herausentwickelte; die Red.) hat gerade deshalb so viel Stimmen,besonders unter den 1. Semestern,weil er einen völlig neutralen Namen hat."(Prot.,S.4)
Auf der Jahreshauptversammlung des RFS (9.3.71)meinte ein Mitglied:"Der RFS ist zu wenig attraktiv.Außerdem hatten wir einen zu schlechten Kontakt zu den Professoren.Es wäre Zeit.... (sich) nach einem liberalen Image umzusehen."

Dieser sich "unpolitisch"gebende Flügel des RFS versucht deshalb,sich nach außenhin von den Burschenschaften und NDP zu distanzieren,bisweilen kommt es sogar zu Ranglereien zwischen beiden Gruppen.Doch diese "Distanzierungen" haben nur opportunistisch-demagogischen Charakter und sollen das wahre Gesicht verwischen;durch Organisations-und Befehlsstrukturen innerhalb des "deutsch-nationalen Lagers",sowie,als deren Grundlage,durch finanzielle "Unterstützungen" bleibt der RFS weiterhin eng verbunden mit den oben genannten faschistischen und faschistoiden Organisationen.(In einem Brief einer Burschenschaft vom 19.3.69 wird der RFS,"die einzige deutschnationale Studentengruppe",als "verlängerter Arm der Burschenschaften" bezeichnet.)
Die organisatorischen Fäden scheinen hier bei einer kleinen Gruppe von FAV-Mitgliedern um Dr. Timmel zusammenzulaufen,Verbindungsmann zur NDP ist Dr.Norbert Burger.Auch zeigt sich in der Praxis des RFS (z.B.letzte Vorkommnisse in der ÖH),wie schlecht dieser,wenn es zu Auseinandersetzungen kommt,die Mensuren in seinem Gesicht durch 'progressiven' Bartwuchs verdecken kann.Und dies wird ihm immer weniger gelingen, je stärker die demokratische Bewegung anwächst!

KAMPF DEM RFS –
KAMPF ALLEN AGENTEN
DER BOURGEOISIE !!

Den Kampf an der Uni mit dem Hauptstoß gegen den RFS zu führen wäre aber falsch;zwar hat er in der ÖH noch die relative Mehrheit, und legt so über die ÖH der demokratischen Bewegung Hindernisse in den Weg,doch gerade diese Manöver entlarven ihn immer mehr und dokumentieren seine hoffnungslosen Abwiegelungsversuche.Außerhalb der ÖH jedoch,wo der demokratische Kampf in erster Linie geführt wird, kann er gar nicht Fuß fassen und wird überall zurückgedrängt.
Anders an der TH und in Leoben: Dort besitzt der RFS die absolute Mehrheit in der ÖH und vor allem noch soviel politische Macht,die langsam aufkeimende Bewegung im Verein mit den Professoren unterdrücken zu können.Dort kann sich erst im Kampf gegen die RFS -Front eine demokratische Bewegung entfalten.
Doch an der Uni darf sich der Kampf aller demokratischen Kräfte und damit auch der Kommunisten nicht primär gegen den RFS richten, sondern muß gegen alle Vertreter der monopolkapitalistisch-technokratischen

Hochschulreform, also auch gegen ÖSU, CSS (in dem Maße, in dem er existiert) und ebenso gegen IVZ (das durch seine unklaren Positionen objektiv, wenn auch subjektiv anders gewollt, zum Handlanger der Reform wird) geführt werden. Alle diese Grüppen vertreten objektiv die Interessen des Kapitals unter den Studenten, und gerade vor einer Wahl schicken sie sich in hecktischer Aktivität an, durch Anbiederungsversuche und hohle Versprechungen ihr Image aufzumöbeln und neue Illusionen in sie zu wecken.

Zerstören wir diese Illusionen und treiben wir den demokratischen Kampf voran !
ISOLIEREN WIR DIE AGENTEN DES KAPITALS UNTER DEN STUDENTEN UND ENTLARVEN WIR IHRE MANÖVER !

„Jugend für Vietnam" - Ein scheinheiliges Manöver der proimperialistischen SP - Spitze !

Der folgende Artikel ist ein Abdruck aus der KHZ-Wien, März 73. Er soll einige falsche Positionen richtigstellen, die wir in unserer März-KHZ bezogen haben.
-Die Red.

Nach der Unterzeichnung des Vietnamabkommens war es für Kreisky und die SP-Spitze höchste Zeit, sich entgegen ihrem wirklichen Verhalten während der langen Jahre des Krieges als Freunde des Vietnamesischen Volkes vorzustellen. Kreisky initiierte mit viel Tamtam sein " humanitäres Hilfsprogramm" für Vietnam. Auf einer dazu einberufenen Enquete forderte er alle Jugendorganisationen auf, Geldsammlungen durchzuführen. Wer mehr als 20.000 ö.S. aufbringe, könne sich in das zu gründende nationale Komitee einkaufen, das so gesammelte Geld würde von der Bundesregierung verdreifacht. Das Komitee entscheide über die Verwendung der Mittel, wobei Projekte in Nord- und Südvietnam , in den befreiten und den noch von der Thieu-Clique kontrollierten Gebieten gleichberechtigt behandelt würden.

Ein besonderer Schachzug Kreiskys war es, den einzelnen Organisationen zuzugestehen, ihre Projekte selbst aussuchen zu dürfen. Damit wollte Kreisky die von zahlreichen Organisationen vorgebrachte Kritik, daß mit seinem " humanitären Hilfsprogramm" versucht werde, der Thieu-Clique zu helfen, entschärfen.

Gemeinsam mit anderen linken Organisationen legte die MLS (Marx. Leninist. Studenten) und der RSB (Roter Schülerbund) bei der Enquete eine Erklärung vor, in der die seit jeher freundliche Haltung Kreiskys gegenüber dem US- Imperialismus aufgezeigt und verurteilt wurde. In der Erklärung wurde eine wirkungsvolle Soforthilfe für die demokratische Republik Vietnam und die befreiten Gebiete Südvietnams verlangt. Jede Unterstützung des korrupten Thieu-Regimes, erfolge sie auch unter dem Deckmantel "humanitärer Hilfe" , wurde nachdrücklichst abgelehnt:

Keinen Schilling für die Thieu-Marionetten-Clique! Weitere Forderungen bezogen sich auf die Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Vietnam und der Befreiungsbewegungen von Laos und Kambodscha.
Nachdem Kreisky, wie nicht anders zu erwarten war, ein solches Programm zur Unterstützung des Kampfes der indochinesischen Völker gegen Imperialismus und einheimische Reaktion nicht im geringsten bereit war, erklärten und begründeten die MLS und der RSB in der ersten Sitzung des nationalen Komitees ihren Austritt.
Dies geschah nicht ohne vorherige Diskussion mit den Mitunterzeichnern der ersten Erklärung, trotzdem bleiben wir aber bei diesem Schritt allein.
In all den Jahren der schmutzigen US-Agression gegen das vietnamesische Volk stand Kreisky und die SP-Spitze auf der Seite der US-Kriegsverbrecher und ihrer Marionetten. Wie bei zahlreichen anderen Konflikten zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern beschönigte Kreisky auch hier die Verbrechen des Imperialismus, sprach von der "Verteidigung der freien Welt" und geiferte gegen alle jene, die sich entschieden für die Kämpfe der indochinesischen Völker einsetzten. Während er den Kriegsverbrecher Nr. 1 R.M.Nixon in Salzburg herzlich willkommen hieß, veranlaßte er die Niederprügelung der demonstrierenden Antiimperialisten durch die Polizei.
Auf internationaler Ebene arbeitete er gegen die Isolierung der USA . Auf der letzten Tagung der "Sozialistischen Internationale" in Paris verhinderte er die scharfe Verurteilung der US-Aggressionspolitik, wofür sich Nixon offiziell durch seinen Botschafter in Österreich , J.P.Humes, bedanken ließ. Kreisky gehört zu den Ratten, die auch das sinkende Schiff nicht verließen! Durch Dollarkäufe zur Stützung der aufgrund andauernder Zahlungsbilanzdefizite bedrohten Position des Dollars unterstützte die Bundesregierung mittelbar die US-Aggression (1970 entfielen allein 3,4 Mrd Dollar des Zahlungsbilanzdefizits von 10,7 Mrd Dollar auf den Vietnamkrieg) . Während sie so im Zuge der Dollarabwertungen schwere Wertverluste bei den zu einem guten Teil in Dollars gehaltenen Währungsreserven in Kauf nahm, folgte sie auch am Höhepunkt der US-Aggression, während der Weihnachtsbombardements nicht dem Beispiel anderer kapitalistischer Regierungen , (z.B. Schweden, Finnland, Schweiz, Dänemark, Norwegen) und verweigerte jede materielle Unterstützung für die Opfer des US-Bombardements.

Am Pro-imperialistischen Charakter des SP-Spitze hat sich auch nach dem großen Erfolg des vietnamesischen Volkes kein Deut geändert. Geändert hat sich die Situation in Vietnam. Nachdem die US-Imperialisten für weitere Eskalation ihrer Aggression mit einer umso vernichtenderen Niederlage bezahlen mußten, nachdem sie politisch in immer stärkere Isolation geraten waren, mußten sie der Friedensvereinbarung und ihrem Rückzug zustimmen. Vorerst ist der Versuch des Imperialismus, das vietnamesiche Volk durch direkte militärische Intervention zu unterwerfen, fehlgeschlagen. In dieser Situation setzten eine Reihe von imperialistischen Regierungen auf eine neue Karte: Durch " Hilfe beim Wiederaufbau sollen neue neokolonialistische Abhängigkeiten, soll der Weg für neue Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden. Was mit militärischer Gewalt nicht gelungen ist, soll jetzt auf dem Schleichweg der ökonomischen und finanziellen Abhängigkeit und Korrumpierung, auf dem Weg des Neokolonialismus versucht werden. Die Imperialisten haben

noch immer nicht ihre Pläne aufge geben, Südvietnam zu unterwerfen und auszubeuten. Durch massive Investitionen wollen sie in den immer noch nicht befreiten Gebie ten nicht nur noch weitere Profite herauspressen, sondern auch ihre Positionen absichern, indem sie die realtionären Klassen stärken und schwankende Schichten auf die Seite des Imperialismus ziehen- die Voraussetzung für den General angriff auF Befreite Gebiete.

Angesichts der militärischen Niederlage und des Rückzugs der USA und begünstigt durch ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten sehen jetzt auch die anderen imperialistischen Staaten, allen voran die BRD und Japan ihre Chance auf einen Teil der Beute gekommen.

Die Imperialisten werden auch in Zukunft alles unternehmen, um die Saigonner Administration am Ruder zu halten und sie bei der Hintertreibung der Vietnamvereinbarungen zu unterstützen, um den Sieg des Volkes in ganz Südvietnam zu verhindern und schließlich auch die befreiten Gebiete wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Das heldenhafte Volk Südvietnams unterstützt vom sozialistischen Norden wird jetzt erst recht alle diese Pläne zunichte machen müssen, um sich nicht um die Früchte seines Kampfes bringen zu lassen.

Auch die pro-imperialistischen Kreise in Österreich haben sich der geänderten Taktik der großen imperialistischen Mächte angepaßt. In dieser veränderten Lage soll die Aktion " Jugend für Vietnam " mithelfen, die eigentlichen Ziele des Imperialismus in Vietnam zu verschleiern und seine neokolonialistischen Bestrebungen zu unterstützen . Die Propagierung "humanitärer Hilfe" sowohl für die vom Volk kontrollierten wie auch die von der Thieu-Clique terrorisierten Gebiete bedeutet eine direkte materielle Unterstützung des Thieu- Regimes . Sie ignoriert und begünstigt die ständigen Versuche der Thieu-Marionetten, das geschlossene Abkommen zu verzögern, zu verlætzen und seine vollständige Durchführung überhaupt zu verhindern. Sie dient dazu, über den neokolonialistischen Charkater der "Hilfe beim Wiederaufbau" , wie sie im großen und ganzen von den imperialistischen Staaten praktiziert wird, hinwegzutäuschen. Kreiskys Initiative ist der Ausdruck der Bestrebungen, jene wachsenden Kräfte, die in der Vergangenheit bereit waren , den antiimperialistischen Kampf der indochinesischen Völker konsequent zu unterstützen, zu verwirren und sie für die geänderte Taktik einzuspannen.

Das jüngste Manöver der SP-Spitze ist als Versuch anzusehen, der in den vergangenen Jahren qualitativ und quantitativ stark gewachsenen antiimperialistischen Bewegung in Österreich die Spitze zu nehmen und möglichst große Teile davon vom Weg des konsequenten antiimperialistischen Kampfes abzubringen und zu kanalisieren. Die SP-Spitze hat sich durch ihre proimperialistische Haltung vor allem unter Teilen der Jugend völlig entlarvt. Die erstarkende antiimperialistische Bewegung richtete sich unter der Führungder Kommunisten zunehmend gegen die SP-Führung. Die SP-Jugend-Organisationen konnten zum Eintritt in die Aktionseinheit für die letzte Demonstration nur deshalb bewegt werden, weil ihnen die Gefahr drohte vor den Massen völlig diskredidiert zu werden. In der Aktionseinheit war ihr Verhalten immer von der Bestrebung geprägt durch Umgehung der Abmachungen und duch Spaltungsversuche der Demonstration ihren konsequent anti-imperialistische n Charakter zu nehmen und sie nach außen hin als sozilademokratische Alternative hinzustellen.

Wen wundert es , daß diese Organisationen jetzt die Kreisky-Initiative in den Himmel heben, daß z.B. die SJ (Sozialistische Jugend) ihre weitere Teilnahme am Indochina- Solidaritätskomitee mit der Begründung ablehnte , daß es nunmehr die Kreisky- Initiative gäbe,

die der Arbeit im Indochina-Solidaritätskomitee vorzuziehen sei.
Die Aktion "Jugend für Vietnam" kommt der schwankende und prinzipienlosen Haltung , dem halbherzigen Antiimperialismus dieser Organisationen sehr entgegen. Sie dient als Alibi für den Verzicht auf eine konsequente und wirkungs volle Solidarität mit dem vietnamesichen Volk und erspart ihnen zu dem die Auseinandersetzung mit der proimperialistischen Sp-Spitze.
Durch " Initiativen", wie die vorliegende, versucht die SP-Spitze ihre proimperialistische Haltung etwas zu kaschieren, um verloren gegangenen Einfluß wettzumachen, um Teile fortschrittlichen Bewegung in ihr Lager zurückzuzerren und zu verhindern, daß immer breitere Teile der Jugend und des übrigen Volks den konsequenten Kampf gegen den Imperialismus und seine politischen Interessensvertreter aufzunehmen.
Aus diesen Gründen lehnen wir eine Teilnahme an der Kreisky-Aktion ab, um den wahren Charkater und die politische Funktion "Jugend für Vietnam" aufzuklären und die Absichten der Reaktion durchkreuzen zu können.
Auf der letzten Sitzung des ISK (Indochina- Solidaritäts-Komitee) auf der hauptsächlich die Kreiskyinitiative behandelt wurde, legten MLS und RSB ihre Gründe für den Austritt dar und orderten alle im Indochina-Komitee bis dahin noch vertretenen Organisationen auf, sich dem Schritt anzuschließen.
Die revisionistischen und trotzkistischen Organisationen (KJÖ KSV, VÖJ, GRM...) beharrten auf einer Teilnahme an dem Kreiskymanöver und dies obwohl, wie schon oben erwähnt wurde , unsere ursprüngliche gemeinsame Forderung - kein Schilling für das korrupte Thieu-Regime-nicht erfüllt worden war.
Die einzige"Kritik", die beispiels weise der KJÖ-Funktionär an der Aktion schließlich noch vorbrachte, war, daß der ursprünglich vorgesehene Einkaufspreis von 50.000 ö.S. zu hoch wäre. der GRM gefiel offensichtlich der Gedanke, in Zukunft in einer von " so hoher Stelle" einberufenen Nationalkomitee sitzen und am Ende eventuell noch ein kurzes Rundfunkinterview geben zu dürfen, sosehr, daß sie Kreiskys Plänen völlig aufsaß.
Die revisionistischen und trotzkistischen Organisationen haben es verhindert, durch einen gemeinsamen Boykott und gemeinsame Verurteilung der Machenschaften der SP-Spitze diesen wirkungsvoller zu begegnen.
Ein gemeinsamer Austritt mehrerer Organisationen hätte den Plänen der SP-Spitze von allem Anfang an einen wuchtigen Schlag versetzt. Es wäre möglich gewesen, die Aktion "Jugend für Vietnam" vor einer breiteren Öffentlich keit zu entlarven und andere schwankende Organisationen mitzuziehen. So aber sitzen jetzt die Revisionisten als "linkes " Feigenblatt mit dem RFS(!!) in einem Komitee, das angeblich der Hilfe für das vietnamesiche Volk dient , dessen Funktion es aber ist, die neokolonialistischen Bestrebungen der imperialistischen Regierungen zu verschleiern und zu unterstützen, sowie die antiimperialistische Bewegung zu " entschärfen" und in die Irre zu führen, um Teile davon wieder in die SP zurückzuführen.
Für alle Antiimperialisten gilt es dem gegenüber in der jetzigen Situation jede Stärkung des Thieu-Regimes zu verhindern, sein volksfeindliches Wesen aufzuzeigen und keine Unklarheit darüber zuzulassen, daß das vietnamesische Volk erst dann in Frieden und Freiheit wird leben können , wenn Kollaboranten und Verräter wie Thieu das Handwerk gelegt und sie gezwungen werden, die Macht dem Volk zu übergeben.

Die US-Imperialisten und Thieu brechen das Vietnam-Abkommen

Die Ereignisse der letzten Zeit in Vietnam beweisen, daß die Weltöffentlichkeit die Einhaltung des Vietnamabkommens aufmerksam überwachen muß. Und daß sie, wie nach den groben Verletzungen des Abkommens durch Thieu und die USA Protest einlegen und zu Sanktionen greifen muß.
Die USA und Thieu brechen das Abkommen seit seiner Unterzeichnung immer wieder. Die Verstösse gegen das Abkommen durch Thieu und die USA sind nicht in Zahlen festzuhalten; hier können nur einige der gröbsten aufgezeigt werden

⊕ So heißt es in Artikel II des Vietnam-Abkommens: "Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die zwei südvietnamesischen Vertragsparteien nationale Aussöhnung und Eintracht anstreben, Haß und Feindschaft beenden, alle Handlungen der Vergeltung und Diskriminierung gegen Personen oder Organisatioen untersagen, die mit der einen oder anderen Seite kollaboriert haben; die demokratischen Freiheiten des Volkes gewährleisten: Persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Freiheit für politische Aktivitäten, Glaubensfreihiet, Recht auf freie Bewegung, Recht auf Arbeit , Recht auf Eigentum, Recht auf freie Berufsausübung und Recht zur freien Wahl des Wohnsitzes. "
Tag für Tag verstößt die Thieu-Clique gegen dieses Abkommen; das geht aus der bürgerlichen Zeitung "le monde" ganz klar hervor:
So heißt es am 23.1. : " Montag erklärte Radio Saigon, der Friede könne nicht eher wiederhergestellt werden, bevor nicht die Armee General Thieus' den letzten Kommunisten massakriert' habe."
Oder am 24.1.: " Präsident Thieu untersagt jede Verlagerung der Flüchlinge... Der Korrespondent der Washington Post in Da Nang berichtet, daß die Regierung den Flüchlingen nicht gestatten wird, auf ihr Land zurückzukehren, nicht einmal in den kontrollierten Zonen. Familien, die in Lagern wohnen, würde die Nahrung verweigert werden, falls eines ihrer Mitglieder verschwinden sollte. Diese Maßnahme betrifft 1640 Personen (nach einer amerikanischen Statistik) , die in Lagern leben und Millionen andere, die rund um die Städte vegetieren... Tatsächlich liegt alle Macht in den Händen der Polizei und der Armee, so wie es am Montag das offizielle Blatt Tin Song bestätigte. Die Militärs werden auf der Stelle Personen erschießen, die eine Demonstration organisieren, die dessertieren wollen. Die "Neutralisten" werden vor einem Militärtribunal abgeurteilt werden. Unter diesen Bedingungen ist es schwer vorstellbar, wie die "dritte Kraft" wird agieren können und wie die "freien Wahlen" organisiert werden könnten. "
Am 17.2. 1973 :" Die Kommissionen, die beauftragt sind, die Anwendung des Pariser Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten in Süd-Vietnam zu kontrollieren, fahren fort, sich über die Böswilligkeit der Saigoner Verwaltung und über die Zwischenfälle, die diese hervorruft zu beschweren. Der 15.2. war in dieser Hinsicht bezeichnend. Die Saigoner Verwaltung überschüttete die Quartiere der PRR -Delegierten in Tan Som Nuth mit Insekten-Vertilgungsmitteln und belästigte auf diese Weise zahlreiche Personen, während zur gleichen Zeit In Hue zwei nordvietnamesiche Offiziere der gemischten Viterer-

kommission beim Verlassen ihres Hotels angegriffen wurden..."
"Die Obrigkeit von Saigon hat Sonntag auch der Polizei , die die kommunistischen Delegierten bewacht, Befehl gegeben, gegen jede Person, die versuchen sollte, Kontakt mit diesen aufzunehmen, das Feuer zu eröffnen, auch gegen Journalisten..."
Die Übergriffe auf das vietnamesische Volk gingen von Saigoner und amerikanischer Seite weiter. In den letzten Tagen gelangten folgende Nachrichten aus Vietnam nach Österreich; die das enge Zusammenarbeiten zwischen Thieu und die Amerikaner belegen:

⊕ So haben die USA weiterhin massierte Bombenangriffe auf die befreiten Gebiete Kambodschas geflogen und wollten mit diesen neuerlichen "notwendigen" Eingriffen in Südostasien den Verbleib von 75.000 Soldaten legitimieren.

⊕ so haben die USA den Truppenabzug plötzlich gestoppt, obwohl die DrV und die PRR bis zum 28.3. 1973 alle Kriegsgefangenen freigelassen haben.

⊕ so sind in der letzten Woche von japanischen Häfen aus neue Waffenlieferungen amerikanischer Herkunft (ungefähr 900Tonnen) an Südvietnam gegangen.

⊕ so drohen die Amerikaner mit neuerliche Bombenangriffen auf Süd-und Nordvietnam, wenn das Abkommen, das sie selbst stündlich brechen, von der"gegnerischen Seitenicht gehalten wird". Nixon hat Thieu ein neuerliches Eingreifen in Vietnam bei "innen politischen Schwierigkeiten mit den Kommunisten " in Aussicht gestellt.

⊕ so sollen tausende "zivile " Beobachter der UsA in Südvietnam zurückbleiben, um den reaktionären Kräften Thieus mit Rat und Tat (!) zur Seite stehen zu können.

Das Thieu-Regime wird durch den wachsenden Widerstand (30 neutrale und religiöse Gruppen demonstrierten gegen die Verstösse gegen das Vietnam-Abkommen durch die Saigoner Verwaltung, ehemalige Häftlinge in einem südvietnamesischen Konzentrationslager berichteten von den Folterungen und fordern die sofortige Freisassung aller politischen Gefangenen) immer mehr in die Defensive gedrängt und greift zu den brutalsten Mitteln der Repression.

⊕ An manchen Tagen fliegt die Saigoner Luftwaffe vis zu 200 Angriffe gegen Dörfer der Befreiten Gebiete.

⊕ Militärische Kommissionen säubern die Bevölkerung von " subversiven und kommunistischen Elementen". Diese werden dann in Konzentrationslager verfrachtet oder sofort ermordet. (Momentan gibt es ungefähr 200.000 politische Gefangene in südvietnamesichen Konzentrationslagern.)

⊕ Während die Regierung Nordvietnams und der Vietkong alle Gefangenen freigelassen haben, haben die Saigoner Behörden keinen einzigen politischen Häftling der PRR übergeben. Statt dessen wurden in den letzten Tagen Konzentrations lager aufgelassen und die Häftlinge an "unbekannte Bestimmungsorte" gebracht. Das heißt, daß man sicher schon eine große Zahl liquidiert hat und daß viele noch um ihr Leben bangen müssen.

⊕ Amnesty International berichtet dazu :(Vgl. Nachrichten vom 25.3.1973 im ORF), daß vor der Küste Süd-Vietnams tausende Leichen im Meer treiben, Opfer von Massenhinrichtungen in den Konzentrationslagern der Thieu-Clique.

Diese Brutalitäten beweisen, daß die USA und ihre Marionette Thieu vor keiner Gewalttat zurückschrekken, um den Befreiungskampf des vietnamesichen Volks unter Kontrolle bringen zu können.

Um die Schandtaten der USA und Thieus vor der Weltöffentlichkeit zu verharmlosen oder überhaupt zu vertuschen, versuchen die bürgerlichen Zeitungen und der Rund-

funk (ORF) in letzter Zeit eine neue Hetzkampagne gegen die FNL, die Pathet Lao usw. zu starten: Sie sprechen von gewaltigen Truppenbewegungen der "kommunistischen Seite". Verschämt wird dann in einem Nebensatz bemerkt, daß diese Informationen vom Saigoner Oberkammando stammen, das in der letzten Zeit nur Lügen über die Vorgänge in Vietnam verbreitet hat.

Eine zweite Komponente der Thieu und USA freundliche Berichterstattung des ORF ist die ständige Beteuerung, daß die USA nun ihr "Militärisches Engagement" (statt brutalen Volkermords) in Vietnam beendet, obwohl man genau weiß, daß tausende "Berater" in Süd-Vietnam selbst zurückbleiben und daß 75.000 amerikanische Soldaten in Südostasien, also unmittelbar vor den Grenzen Vietnams stationiert bleiben.
Das vietnamesiche Volk wird die verzweifelten Versuche Thieus und der amerikanischen Imperialisten zurückschlagen und mit verstärkten Widerstand zunichte machen.

Die Weltöffentlichkeit wird mit ihrer verstärkten Solidarität den Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützen.

VERSTÄRKEN WIR DIE SOLIDARITÄT MIT DEM VIETNAMESISCHEN VOLK !

Schülerstreik in Frankreich

Am 19.3. 1973 begann der Streik der französischen Mittelschüler gegen die neue Wehrpflichtordnung. Diese zwingt die Schüler,den Wehrdienst sofort nach der Matura, noch vor dem Antritt des Studiums, anzutreten. Bisher war dies wahlweise mit 18 oder 25 Jahren möglich. Damit verlieren die Maturanten bis zu vier Semester von ihrem Studium.
In ganz Frankreich kam es zu massiven Demonstrationen; z.B. demonstrierten am 2.4. 60.000 Jugendliche in Paris. Die Schüler marschierten unter Losungen wie "Weg mit dem Verteidigungsminister Debré !"
Bei einer früheren, ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration griff die die Polizei plötzlich mit Tränengas und Schlagstöcken ein, verletzte viele und verhaftete über 150 Personen. Der Kampfgeist der Schüler bleibt jedoch weiterhin ungebrochen : Täglich finden in verschiedenen Städten Frankreichs Demonstrationen statt.
Wie jede Bewegung der Mittelschichten (die zwischen dem Proletariat und der Bo urgeoisie stehen) trägt auch der Kampf der französischen Mittelschüler fortschrittliche und rückschrittliche Momente in sich. Er ist rückschrittlich insofern, als um die Verteidigung von Privilegien geführt wird- fortschrittlich insoweit als er überhaupt gegen die Politik des Ministerieums und die Funktion des Heers, das im Kapitalismus als Instrument zur Unterdrückung anderer Volker und zur Niederhaltung des eigenen Volkes dient, gerichtet ist.
Warum war es aber möglich, unter den Studenten eine derart breite Bewegung zu entfalten? Die Schüler in Frankreich sind mit den Verhältnissen in den Schulen unzufrieden : Lehrermangel, Schulraumnot, Ausbildung nach den Erfordernissen der "Wirtschaft" und nicht nach den Interessen des Volkes treiben auch in Frankreich die demokratische Bewegung voran, für die das Debré-Gesetz schließlich das auslösende Moment war. Die Unterdrückung der Schüler und Studenten kann nur im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Lebensbedingungen des ganzen Volkes gesehen werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes , des Bündnisses der studentischen Jugend mit der Arbeiterklasse.

Israel - kapitalistischer Klassenstaat und Bastion des Imperialismus im Nahen Osten

A) DER TERROR GEGEN DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK

Als am 21. 2. 73 ein lybisches Passagierflugzeug über der von israelischen Militärs besetzt gehaltenen Sinai-Halbinsel von israelischen Jagdflugzeugen abgeschossen wurde, war dies nur einer der Höhepunkte einer ganzen Kette von Terrorakten, die seit den Zeiten der ersten jüdischen Einwanderer in Palästina zu Ende des 19. und zu Anfang dieses Jahrhunderts nicht mehr abgerissen sind. Daß dieser Akt von viel breiteren Kreisen der "westlichen" Öffentlichkeit als bisher als terroristische oder zumindest nicht mehr so ohne weiteres entschuldbare Aktion dargestellt wurde, liegt an seiner Eindeutigkeit: entgegen den Beschönigungsversuchen Dayans brachten die Tonbandaufzeichnungen klar zutage, daß der Pilot sich über ägyptischem Gebiet glaubte und die ihn verfolgenden Flugzeuge für sowjetische MIG 21 hielt; daraus erhellt auch, daß es keinerlei oder völlig ungenügende Vorwarnung durch die israelischen Militärbehörden gegeben hatte. Dank dieser Eindeutigkeit mußte schließlich sogar der ORF von einem "Abschuß durch israelische Jagdflugzeuge" sprechen, nachdem er bis dahin stets von einem "Unglück" und einem "Absturz" geschwafelt hatte.

Aber nur wenige Stunden vor diesem Abschuß drangen israelische Aggressionstruppen über Meer, Land und Luft 180 km tief in den Libanon ein und überfielen in der Nähe von Tripoli die beiden Flüchtlingslager el Bared und Bedaoui. In diesen beiden Lagern leben 18000 palästinensische Flüchtlinge. Bei dieser Blitzaktion wurden 95-125 Palästinenser getötet und mindestens 300 verwundet. Einige Gebäudekomplexe wurden gesprengt. Ein libanesischer Regierungssprecher erklärte, bei der Aktion seien die meisten Toten Frauen und Kinder gewesen, ein Schulgebäude sei in die Luft gesprengt worden. Die "Terroristenführer", die zu töten von den israelischen Militärs als das eigentliche Ziel dieser Aktion angegeben wurde, befanden sich natürlich keineswegs in diesen Lagern.

Derartige Angriffe waren allein in den letzten Jahren sehr häufig. Im Jahre 1972 unternahmen israelische Truppen insgesamt sieben Angriffe gegen Stützpunkte der palästinensischen Guerillaorganisationen im Südlibanon. Mitte Januar 72 überfielen israelische Infanterieeinheiten mehrere Dörfer im Südlibanon, sprengten Häuser und beschossen die Zivilbevölkerung. Mitte März 72 griff die israelische Luftwaffe Syrien an. Mitte Juni 72 griffen israelische Truppen den libanesischen Südosten an und nahmen dabei einige hohe syrische und libanesische Offiziere gefangen. Am 8. September 72 verwüstete die israelische Luftwaffe palästinensische Flüchtlicngslager, arabische Dörfer und Städte im Südlibanon, sprengten Häuser, setzten Giftgas ein und vertrieben die Bevölkerung aus den Dörfern. Dies war angeblich die "Rache für München", die Vorbereitungen zu dieser Aktion wurden jedoch getroffen, als die Geiseln in München noch lebten. Deren Schicksal freilich war der israelischen Regierung egal: der Austausch der Geiseln gegen 200 arabische Gefangene wurde kategorisch abgelehnt. Am 8. Jänner 73 kam es zu schweren Luftangriffen der Zionisten in Syrien; dabei wurde u.a. der Ort Dail völlig zerstört; alle 500 Einwohner kamen ums Leben.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Politik ihre Ursache nicht in einigen Bombenanschlägen irgendwo auf der Welt haben kann. Vielmehr zwingt die Existenz Israels selbst in seiner gegenwärtigen Form die israelischen Machthaber, einerseits des gerechten Kampf des palästinensischen Volkes um seine elementaren Rechte zu unterdrücken, andererseits stän-

dig größere Gebiete zu erobern, um der Krisenhaftigkeit des israelischen Kapitalismus entgegenzuwirken.

B) DER STAAT ISRAEL-HISTORISCHE ENTWICKLUNG

Die beginnende Industrialisierung in den osteuropäischen Monarchien am Ende des 19.Jh. hatte für die dort lebenden Juden zwei wesentliche Auswirkungen: zum einen verloren sie ihre sozial-ökonomische Funktion als Mittler zwischen Grundbesitz und landlosen Bauern; zum anderen wurden sie - besonders in Rußland - vom zerfallenden Feudalismus, der die sozialen Widersprüche nicht mehr kanalisieren konnte, in eine Sündenbockrolle gedrängt. Die vom Zaren-Regime inszinierte Progrome zwangen die Juden, nach Möglichkeiten der Befreiung aus dieser Rolle zu suchen. Dabei gab es drei Wege für sie: 1) Flucht nach Westeuropa oder Nordamerika;

2) Anschluß an die revolutionären Bewegungen, d.h. Kampf gegen die ökonomischen und sozialen Bedingungen ihrer Unterdrückung;

3) Auswanderung nach Palästina, in die "biblische Heimat".

Diesen dritten Weg gingen vorerst nur wenige. Er war auch nicht die logische Konsequenz der Unterdrükkung der proletarischen, halbproletarischen und kleinbürgerlichen Schichten des Judentums. Zu einer breiten Bewegung konnte diese dritte Möglichkeit erst werden, nachdem die Ideologie des Zionismus Eingang in breitere Kreise Gefunden hatte.

DIE IDEOLOGIE DES ZIONISMUS

In der zionistischen Propaganda erscheint der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes und die einzige Alternative zu dessen Verfolgung und Vernichtung. In seinem Ursprung allerdings ist der Zionismus keineswegs die Bewegung der verfolgten Juden, als die er sich selbst darstellt, sondern einer bestimmten Schicht der Juden, die das Schicksal ihrer verfolgten Glaubensgenossen zur Realisierung eigener Interessen ausnutzte. Er ist das Produkt eines Teils der kleinbürgerlichen jüdischen Intelligenzschichten, deren Beeinflußung durch die Ideen der bürgerlichen Revolutionen im Widerspruch stand zu dem sie gesellschaftlich diskriminierenden Antisemitismus, der europäische Nationalismus. Der Eindruck der nationalen Ideologie und die Erfahrung der gesellschaftlichen Desintegration verdichtete sich bei ihnen zur Idee eines eigenen Staates, in dem sie die bislang Ausgestoßenen, selbst die gesellschaftliche Oberschicht bilden würden. Das Bestreben nach einem jüdischen Staat in Palästina ist so Ausdruck klassenspezifischer Machtinteressen und nicht des Emanzipationsverlangens der Juden schlechthin. Ein großer Teil der jüdischen Massen war - vor allem in Osteuropa - in der sozialistischen Bewegung organisiert und bekämpfte im Angriff auf Feudalismus und Kapitalismus die Basis des Antisemitismus und des allgemeinen Elends.

Der Zionismus dagegen hatte es mit seiner antiklassenkämpferischen Tendenz nicht schwer, die Unterstützung und Sympathie der Feudalisten und Kapitalisten zu gewinnen, die in ihm wie in anderen reaktionären Bewegungen einen Schutzwall gegen den internationalen Sozialismus erkannten. Dazu war der Zionismus bei seinem Bemühen, die Juden aus Europa hinauszuschaffen, um sie bei der Kolonisation in Palästina einzusetzen, gerade auf die tätige Mithilfe der Antisemiten angewiesen. Das Fortleben des Antisemitismus in Europa war die Bedingung, ohne die die Auswanderung der Juden ein bloßer Wunschtraum geblieben wäre.

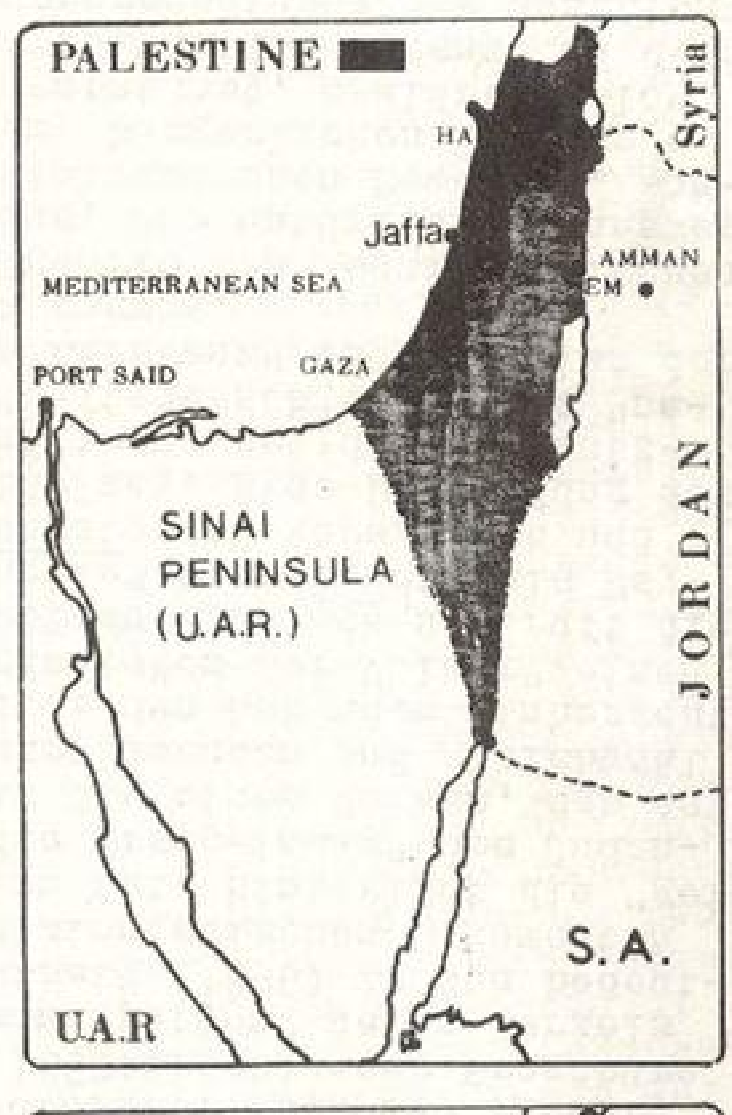
Konsequenterweise arbeiteten die Zionisten denn auch hauptsächlich und prächtig mit ihren "verläßlichsten Verbündeten" (Th. Herzl, einer der Begründer der zionistischen Theorie), den Antisemiten, zusammen, ja sie wandten sogar deren Methoden an: Zionisten kollaborierten offen mit der zaristischen Reaktion in Rußland, während die unterdrückten Juden in der sozialistischen Bewegung den Kampf um den Sturz dieses Regimes führten; die Untergrundarmee "Hag [illegible]" verstand sich bestens mit Adolf Eichmann; 1951 explodierten in der jüdischen Gemeinde im Irak Bomben, die [illegible]nistische Organisationen selbst gelegt hatten

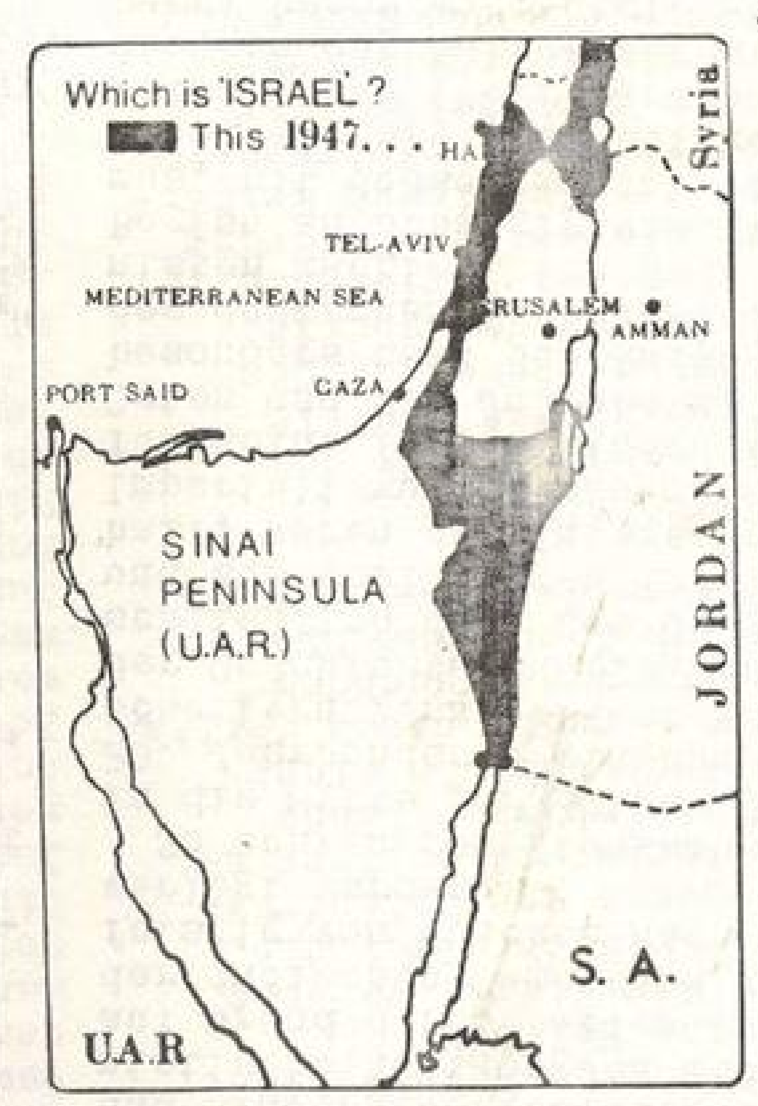
um die irakischen Juden zu einer panischen Flucht nach Palästina zu treiben.

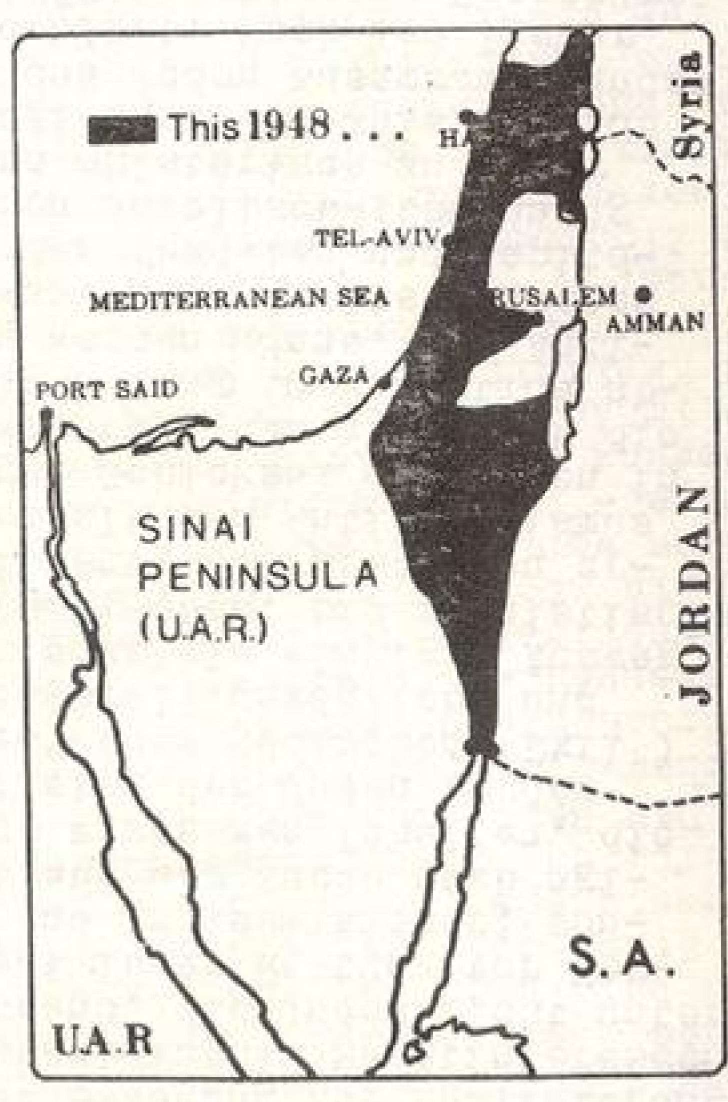
Die zionistische Theorie betrachtet, dem Charakter des Zionismus als einer Bewegung zur Realisierung klassenspezifischer Machtinteressen entsprechend, die Juden nicht unter dem Aspekt ihrer Rettung vor Verfolgung und Antisemitismus, sondern ist auf der Suche nach agitatorisch wirksamen Inhalten, die ein Fortleben der Juden in der "Diaspora" (dem jüdischen 'Exil') als prinzipiell unmöglich, und den Zionismus als einzigen Ausweg erscheinen lassen. Die zionistische Antisemitismusinterpretation erklärt deshalb den Antisemitismus zum ewigen Schicksal des Juden in der "Diaspora", dem nur durch die nationale Lösung in Palästina abgeholfen werden könne. Der Antisemitismus, der ein historisches Produkt der feudalen und kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, wird ahistorisch zu einer psychologischen Grunddisposition der mit den Juden zusammenlebenden Völker erklärt. Nach leo Inskar, dessen 1882 erschienene Broschüre "Autoemanzipation" neben Herzels "Judenstaat" (1896) zu den bedeutsamsten zionistischen Dokumenten zu zählen ist, hinterläßt die "geisterhafte Erscheinung" des Judentums als die eines Volkes, das seit zwei Jahrtausenden und gleichwohl noch unter den Lebenden einhergeht, im "Seelenleben der Völker" einen fremdartigen Eindruck und ruft die "Judophobie" hervor, die als Psychose angeboren, vererblich und unheilbar sei. Eine Bekämpfung des Antisemitismus sei deshalb nutzloser Kräfteverschleiß, eine "nationale Existenz" in Palästina der einzige Ausweg.

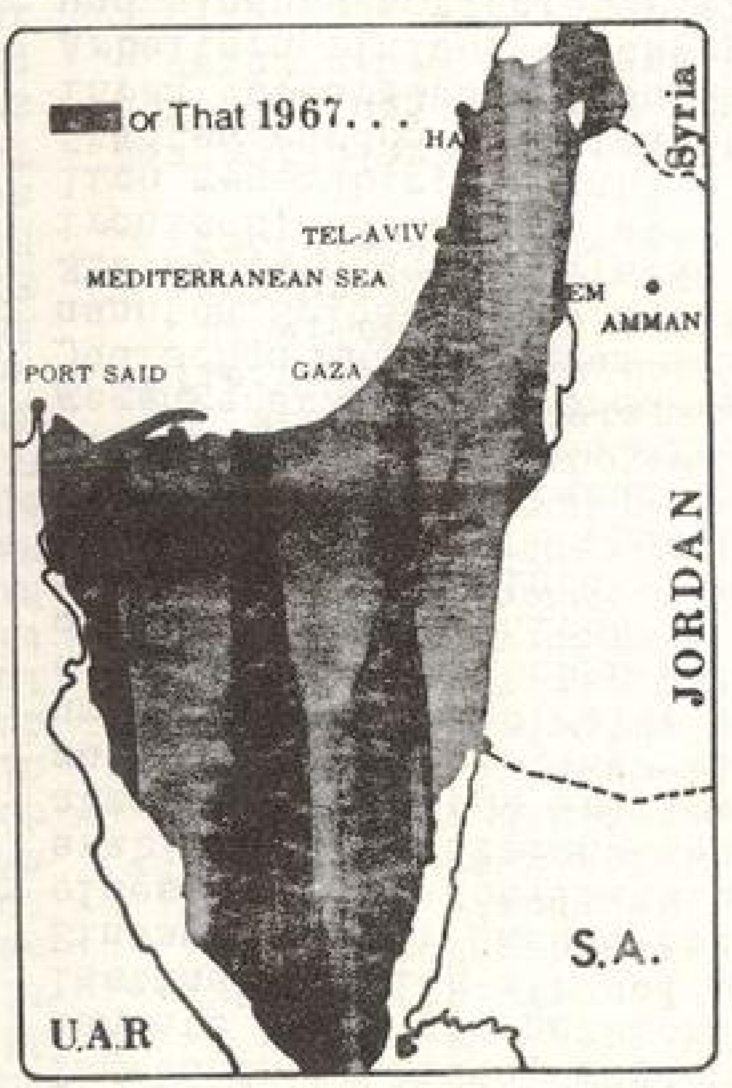
Die Theorie des "sozialistischen" Zionismus, die natürlich keineswegs der sozialistischen Bewegung, sondern dem bürgerlichen Zionismus selbst entstammt, erklärt analog die "nationale Konkurrenz" zu einer Art Dauererscheinung der Geschichte. Der soziale Konf likt wird nach klassischer sozialchauvinistischer Art dem nationalen untergeordnet. Klassenbewußtsein kann der Arbeiter auf "fremden" Territorium nicht entwickeln. Das jüdische Proletariat soll vom Klassenkampf weg zum "befreienden Einsatz" in Palästina abgelenkt werden. Die "Diaspora", wo die befreiende Revolution als objektive Möglichkeit auf der Tagesordnung stand, wurde als permanente Hölle gekennzeichnet, Palästina, wo sich mit jedem neuen Einwanderer die Unausweichlichkeit eines blutigen Konflikts mit der arabischen Bevölkerung deutlicher abzeichnete, wurde propagandistisch zur "Oase des Friedens" stilisiert, um die Juden blind dafür zu machen, daß die zionistischen Patrioten dabei waren, sie nicht in den Frieden, sondern in einen sinnlosen Krieg zu führen. Da eine Bekämpfung des Antisemitismus den zionistischen Interessen direkt entgegengesetzt war, versagten die jüdischen Massen ihren selbsternannten Erlösern die Unterstützung. Sie standen dem Zionismus teils ironisch, teils absolut feindlich gegenüber; in zahlreichen Städten wurden die Zionisten auf ihren Versammlungen von jüdischen Arbeitern einfach durchgeprügelt und hinausgeworfen; der erste zionistische Weltkongreß mußte 1897 auf Grund der scharfen Proteste der jüdischen Gemeinden kurzfristig von München nach Basel verlegt werden.

So schien der Zionismus bis in die Mitte der 30iger Jahre des 20. Jahrhunderts ein zum sicheren Scheitern verurteiltes Kuriosum der Geschichte zu bleiben. Was ihm schließlich doch zum Überleben und zum vorläufigen Erfolg verhalf, waren das Interesse des Imperialismus an einem Wachhund für seine Investitionen im Nahen Osten und die Judenhetze in Europa, besonders seit den Anfangsjahren des deutschen Faschismus. Die Zionisten machten sich denn auch von Beginn an abhängig vom Imperialismus, mit dessen kolonisatorischer Ideologie sie sich weitgehend identifizierten ("Wir werden Vorpostendienste der Kultur gegen die Barbarei besorgen", sagte Herzel).


PALESTINE
Jaffa
AMMAN
MEDITERRANEAN SEA
PORT SAID
GAZA
SINAI
PENINSULA
(U.A.R.)
JORDAN
Syria
S.A.
U.A.R


Which is 'ISRAEL'?
This 1947...
TEL-AVIV
MEDITERRANEAN SEA
AMMAN
PORT SAID
GAZA
SINAI
PENINSULA
(U.A.R.)
JORDAN
Syria
S.A.
U.A.R


This 1948...
TEL-AVIV
MEDITERRANEAN SEA
AMMAN
PORT SAID
GAZA
SINAI
PENINSULA
(U.A.R.)
JORDAN
Syria
S.A.
U.A.R


or That 1967...
TEL-AVIV
MEDITERRANEAN SEA
AMMAN
PORT SAID
GAZA
JORDAN
Syria
S.A.
U.A.R

DIE KOLONISATION PALÄSTINAS

Die ersten jüdischen Einwanderer stießen in Palästina auf einen Typus von Kolonialismus, der mit ihrem eigenen wenig gemein hatte: die Alliance Israelite Universelle unter der Kontrolle des französischen Kapitalisten Rothschild hatte Teile des Landes nach klassischem Muster kolonialisiert: sie wollte Ausbeutung der Reichtümer einschließlich der Arbeitskraft der Eingeborenen durch eine europäische Siedlergemeinschaft. Die zionistische Ideologie aber zielte auf den Aufbau eines Nationalstaates, ihr Verhältnis zu den Arabern konnte nicht das von Ausbeutung sein, sondern mußte zum Zweck deren Vertreibung haben.

Großbritannien, das zu dieser Zeit die unbestrittene Vormachtstellung in diesem Gebiet innehatte und diese nach dem Prinzip "teile und herrsche" aufrechtzuerhalten suchte, nahm die Anbiederungsversuche der Zionisten, die unter anderm eine wirksame Verteidigung des Suez-Kanals versprachen, gerne an; die britisch-zionistische Zusammenarbeit kulminierte in der Balfour-Erklärung 1917, in der die britische Regierung sich verpflichtet, "die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina ... zu fördern". Gleichzeitig schuf der britische Imperialismus durch diverse Versprechungen an den arabischen Nationalismus bewußt einen Konflikt, der permanent kriegsähnliche Auseinandersetzungen produzieren mußte.

Unter der britischen Mandatsregierung über Palästina, die bis 1948dauerte, entwickelten sich die jüdische und die arabische Gesellschaft immer weiter auseinander. Von den Zionisten wurde das Prinzip der "jüdischen Arbeit" konsequent angewandt: jüdische Betriebe beschäftigten nur jüdische Arbeiter, arabische Waren, die zumeist billiger waren, wurden boykottiert. Die jewish Agency for Palestine als Vertretung des jüdischen Volkes gegenüber der Mandatsverwaltung wurde bald zu einer Art Nebenregierung. Zum wichtigsten Machtinstrument entwickelte sich der Gewerkschaftsbund "Histraduth". Eine seiner Aufgaben war es, gemäß der "links"-zionistischen Ideologie nicht ein Proletariat zu organisier en, sondern ein solches überhaupt erst zu schaffen; dies war die Aufgabe des "Engagierens" der osteuropäischen und orientalischen Juden, die allein ein jüdisches Proletariat stellten, im Interesse der meist aus Westeuropa und den USA eingewanderten jüdischen Bourgeoisie. Arabern wurde die Mitgliedschaft verweigert. Das Verhältnis der "Histraduth" zu den jüdischen Arbeitern war nicht das eines Vertreters von Klasseninteressen, sondern das einer nationalen Organisation, die das Proletariat für die Ziele der zionistischen Politik mobilisiert.

Während der frühen 30iger Jahre, als mehrere Wellen vor dem Faschismus geflohenener Einwanderer ins Land kamen, vertiefte sich die sozioökonomische Spaltung Palästinas.Die arabischen Massen reagierten auf das sprunghafte Ansteigen der Einwanderer mit Generalstreik und bewaffnetem Aufruhr. Sie wurden jedoch von ihrer eigenen nationalen Bourgeoisie verraten, indem diese den bewaffneten anti-zionistischen und anti-imperialistischen Kampf zu Verhandlungen mit den Briten abwiegelte. Die palästinensischen Massen hatten in dreifacher Form unter der Erfolglosigkeit ihres Aufstandes zu leiden: 1. stärkte sie die Stellung der arabischen Bourgeoisie; 2. hatten die britischen Imperialisten zur Niederschlagung des Aufstandes eine jüdische Hilfspolizei aufgestellt, die den Zionisten neben der schon bestehenden Untergrundarmee "Haganah" auch einen bewaffneten Militärapparat in die Hände gab; 3. hatte der Generalstreik, an dem sich die jüdischen Arbeiter ja nicht beteiligt hatten, einen weiteren Verfall der arabischen Wirtschaft im Verhältnis zur jüdischen zur Folge.

Aus dem 2. Weltkrieg, von dessen Kriegsboom die jüdische Wirtschaft stark profitiert hatte, gingen die Zionisten gestärkt hervor. Ihre Interessen ließen sich nicht länger mit direkter kolonialer Abhängigkeit vereinbaren. So kam es zum bewaffneten, meist terroristisch geführten Kampf der Zionisten gegen die britische

Mandatsverwaltung; dabei wurden sie in zunehmendem Maße von den USA unterstützt, die ein Interesse daran hatten, die Briten aus Palästina und den nahöstlichen Ölquellen zu verdrängen. Die Zionisten hatten sich auch selbst dem Weißen Haus als Wahrer der US-Interessen angeboten; so wurde 1947 unter massivem Druck der USA auf der UN-Vollversammlung ein Plan angenommen, der die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorsah. Am 15.März 1948 wurde schließlich gegen den erbitterten Widerstand der Araber der Staat Israel ausgerufen, desses Gebiet in der Folge durch zwei weitere Angriffskriege (1956 und 1967) auf den heutigen Stand erweitert wurde.

C) ZUR GEGENWÄRTIGEN POLITIK ISRAELS IM NAHEN OSTEN

Von der ganzen Geschichte Israels her wird schon klar, daß die imperialistischen Mächte nicht nur mit seiner Entstehung eng verbunden sind, sondern daß sie diesen Staat bewußt aufbauten, als Brückenkopf im Nahen Osten. Israel mußte daher notwendigerweise ein Instrument des Imperialismus werden. Die führenden Zionisten haben diese Rolle auch bewußt akzeptiert, und die Imperialisten sprechen das heute ebenfalls schon offen aus.

Aber Israel ist auch ein kapitalistischer Klassenstaat mit allen seinen Konsequenzen. Die Israel vom Ausland gewährte Unterstützung kam einerseits insbesondere der heimischen Bourgeoisie zugute, zum anderen den qualifizierten, meist aus Westeuropa eingewanderten Arbeitskräften. Die Masse der orientalischen Juden hingegen als unqualifizierte Arbeitskräfte partizipierten nur in geringem Ausmaß an der Aufbauhilfe, und sie sind auch die ersten, die unter einer Rezession zu leiden haben. Nun ist gerade seit 1970 infolge der starken inflationären Tendenzen und des Einfrierens der Löhne eine wachsende Bereitschaft der israelischen Arbeiterklasse zu spontanen Kämpfen zu beobachten. Die orientalischen Juden haben sich inzwischen (1971)auch schon eine eigene politische Organisation, die "Black Panther", geschaffen (die freilich gegenwärtig noch vor allem eine Jugendbewegung ist), die ständigen Repressionen ausgesetzt ist. Der wachsenden Unruhe im Inneren stellte die israelische Bourgeoisie ein "Anti-Streik-Gesetz" entgegen, mit dessen Hilfe sie der Arbeitskämpfe Herr zu werden glaubt. Auf der anderen Seite versucht sie, durch eine gesteigerte Kriegshysterie die Massen nach außen abzulenken. Auf dem Hintergrund dieser Widersprüche muß die Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse nach dem 6-Tage-Krieg um den in Zukunft einzuschlagenden Weg gesehen werden. Die "Gemäßigten"(Ebban, Allon etc.) auf der einen Seite vertraten die Ansicht, daß der wachsenden wirtschaftlichen Krisi in Israel, die besonders auf den ungeheuren Anteil der "Verteidigungs"-lasten zurückzuführen ist, duch die Annäherung Israels an die kompromißbereiten Bourgeoisien arab. Staaten ein Ende gesetzt werden könne. Auf diese Weise könne außerdem der arab. Raum als Absatzmarkt für israelische Waren erobert werden. Auf der anderen Seite versuchten die "Extremisten" um Dayan, die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit einer endgültigen Landnahme und Besiedlung der im Juni-Krieg 1967 besetzten Gebiete und gewaltsam geschaffener "Öffnungen" in arab. Territorium abzuwenden. Man kann heute sagen, daß sich die "Extremisten" im wesentlichen durchgesetzt haben, und daß eine weiterer Eroberungskrieg,etwa gegen des Süden Libanons, nicht mehr auszuschließen ist. Dayans Intentionen gehen dahin, Israel durch konsequente Besiedlungspolitik und ständige gewaltsame Expansion aus der Abhängigkeit vom Imperialismus zu lösen und zu einer imperialistischen Nebenmetropole zu machen, gleichzeitig durch eine breit entfachte Kriegshysterie der Lage im Inneren Herr zu werden.

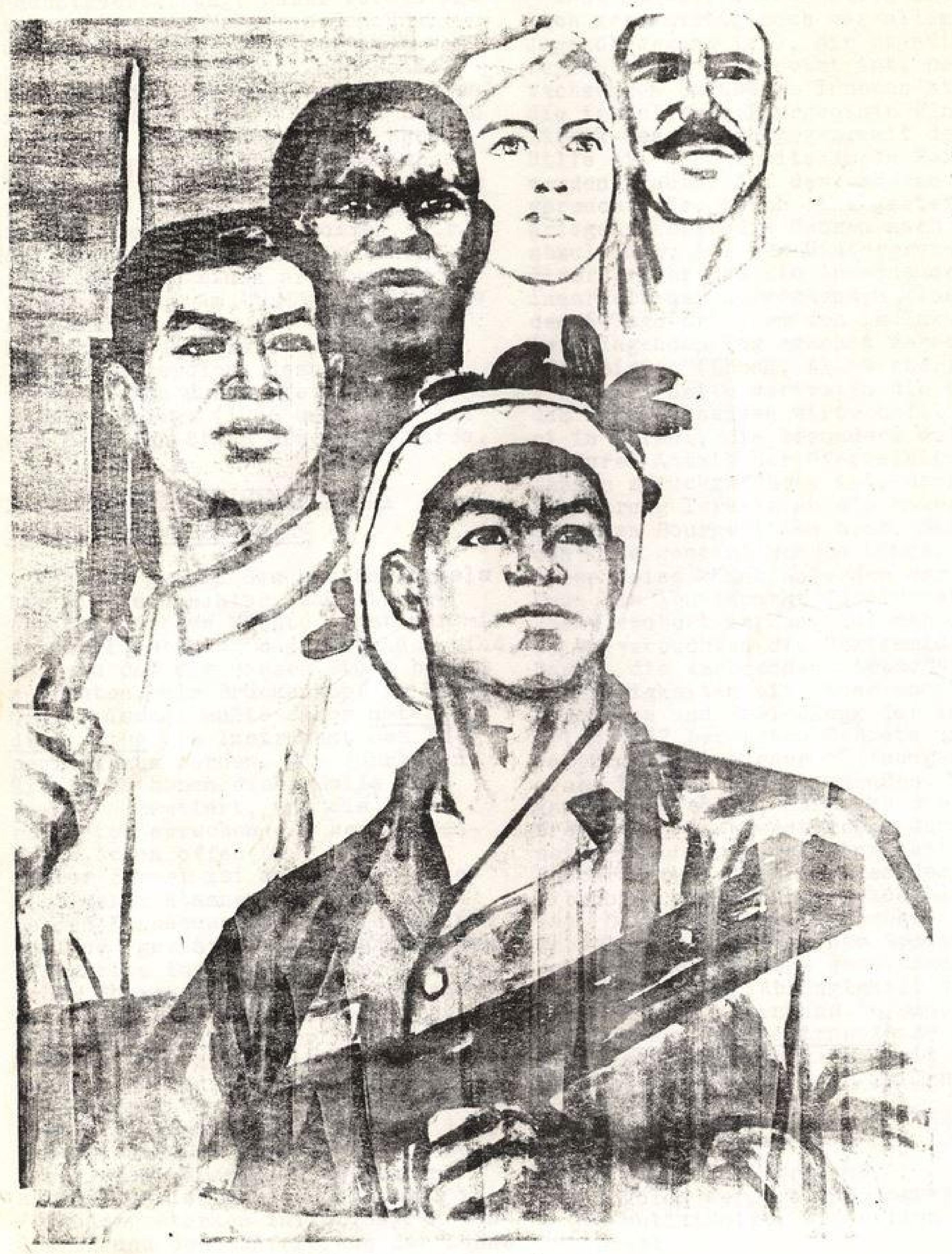
==========================

TEIL II in der KHZ Nr.3/Mai 73:

- Der paläst. Widerstand
- Die Rolle der arab. Bourgeoisien
- Die antizionist. Opposition in Israel

==========================

DIE REVOLUTIONÄREN VÖLKER DER GANZEN WELT



STEHEN FE[illegible]T AUF SEITE [illegible] PALÄSTINE[illegible] VOLKES